

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

291 (13.12.1951)

ETTLINGER ZEITUNG

Ercheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann
gegründet 1890



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgen

Anzeigenpreis: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgegeben. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang

Donnerstag, den 13. Dezember 1951

Nr. 261

Euler: Wohlebs Vorstoß gesetzwidrig
Bonn (ZSH). Zum letzten Vorstoß des südbadischen Staatspräsidenten Wohlebs gegen den Südweststaat, bemerkte der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für innergeobletliche Neuordnung, August Martin Euler (FDP), Wohlebs Bemühungen könnten nur als grotesk bezeichnet werden. Ein Vorstoß südbadischer Abgeordneter im Bundestag gegen den Südweststaat sei von vornherein zur Erfolgslosigkeit verurteilt. Sollte Wohlebs dem im Gesetz vorgesehenen Aufbau des Südweststaates Widerstand entgegenzusetzen, so werde er wegen Verstoßes gegen ein Bundesgesetz zur Rechenschaft gezogen.

Die Sicherung der Bahnübergänge
Frankfurt (ZSH). Die Deutsche Bundesbahn will ihre Sofortmaßnahmen zur Sicherung der unbewachten Bahnübergänge noch vor Weihnachten beendet haben. Vor allem soll die Sicht an den Bahnübergängen verbessert werden, indem man Buschwerk an den Kreuzungen beseitigt. Auch werden beschädigte Signale ausgewechselt. Außerdem will die Bundesbahn eine Aufsichtsratsaktion einleiten.

Pleven stellt erneut Vertrauensfrage
Paris (UP). Der französische Ministerpräsident Pleven hat die Gesetzesvorlage über die Ratifizierung des Schumanplans erneut mit der Vertrauensfrage verbunden. Da zwischen der Stellung der Vertrauensfrage und der Abstimmung 48 Stunden vergehen müssen, wurde die Abstimmung, die ursprünglich am Dienstag erwartet wurde, bis Donnerstag verschoben.

Im zweitgrößten lothringischen Kohlenrevier brach ein Streik aus, der die Gruben stilllegte. Etwa 18 000 Bergarbeiter erschienen nicht zur Arbeit. Die Kumpels verlangen eine Weihnachtsgattifikation und eine Neuregelung der Entlohnung.

Ungarn und Rumänien beschuldigen USA

Die sowjetische Atombomben-Produktion
Washington (UP). Ein Sprecher des US-Außenministeriums bezeichnete Behauptungen der ungarischen Regierung, wonach die USA Spione mit Flugzeugen hinter dem Eisernen Vorhang transportieren, als „offenkundig lächerlich“. Die ungarische Note überging die amerikanischen Forderungen auf Freilassung der vier amerikanischen Flieger, die sich am 10. November mit ihrem Flugzeug nach Ungarn verfliegen hatten und zur Landung gezwungen worden waren. Die rumänische Regierung hat in Washington einen ähnlichen Protest überreicht, der schon vor seinem Eintreffen beim State Department als „Phantasieprodukt“ bezeichnet wurde.

Der Abteilungsleiter im US-Amt der zivilen Verteidigung, Chambers, erklärte, die Sowjetunion werde in einem Jahr in der Lage sein, zu gleicher Zeit wirkungsvolle Atombombenangriffe auf 69 amerikanische Städte zu führen. Rußland könne in einem Jahr etwa 120 bis 150 Atombomben herstellen.

Wyschinski sagt wiederum ab

Schlechte Aussichten für Abrüstungspläne - Scheitern die UN auch in der Deutschlandfrage?

Paris (UP). Der sowjetische Außenminister Wyschinski hat fast alle Hoffnungen auf eine Einigung von Ost und West in der Abrüstungsfrage zunichtegemacht, als er vor dem Politbüro Hauptausschuß der UN erneut den Abrüstungsplan der Westmächte ablehnte.

Seine Ausführungen, die sich weitgehend mit seinen früheren Reden deckten, gipfelten in folgenden Feststellungen: 1. Für das gegenwärtige Weltkräftespiel in der Welt seien ganz allein die Westmächte verantwortlich. 2. Die USA, Großbritannien und Frankreich seien in Wirklichkeit nicht bereit, praktischen Maßnahmen zur Verringerung der auf den Völkern der Welt lastenden Kriegslast und Rüstungsanstrengungen zuzustimmen. 3. Der Atomkontrollplan der USA (Baruch-Plan) sei eine „Utopie“, nicht einmal die USA selbst seien wirklich entschlossen, ihn anzunehmen. 4. Die von den Westmächten vorgeschlagene schrittweise Abrüstung sei nichts anderes als ein Manöver zur Verhinderung der vollständigen Ächtung der Atomwaffen, die nach Ansicht der Sowjetunion der erste Schritt eines jeden Abrüstungsplanes sein müsse. Der Westen wolle nur Zeit gewinnen, um seinen Atomwaffenvorrat zu vergrößern. Dies könnte die Sowjetunion auch. Sie wolle es aber nicht, weil sie im Gegensatz zu den Westmächten keine aggressiven Pläne verfolge. 5. „Einige Wahnsinnige“ trügen sich mit der Absicht, Atomwaffen anzuwenden. Nur die Furcht vor Vergeltung hindere sie an der Verwirklichung dieser Absicht. Zum Schluß seiner Ausführungen erklärte sich Wyschinski jedoch bereit, in der künftigen Abrüstungskommission der UN mitzuarbeiten; die Sowjetunion habe die Hoffnung nicht aufgegeben, die anderen Mächte zur Verwirklichung eines Friedensprogrammes zu bewegen.

Der französische Delegierte Moch war der einzige Sprecher, der nach Wyschinski das Wort ergriff. Er versicherte, daß Frankreich

Ministerkonferenz am 27. Dezember

Keine Einigung in Straßburg - Finanzierung und politische Kontrolle unentschieden

Straßburg (UP). Die Außenminister der sechs westeuropäischen Staaten, die in Straßburg die Bildung einer europäischen Armee besprachen, konnten auch in ihrer abschließenden Sitzung keine Einigung erzielen. Sie werden deshalb am 27. Dezember zu einer erneuten Konferenz in Paris zusammengetreten.

Unter den ungeklärten Hauptproblemen stehen an der Spitze die beiden Fragen, wie die geplante europäische Armee finanziert und welcher politischen Kontrollinstanz sie unterstellt werden soll. Laut Sitzungsbericht haben sich die Minister nur über „verschiedene Punkte grundsätzlich geeinigt“. Diese betreffen nach Angaben des französischen Außenministers Schuman vor allem die Feststellung, daß die europäische Armee einer gemeinsamen politischen Behörde unterstellt werden muß, die allmählich zu einer wirklichen „internationalen Autorität“ werden soll. Diese Information deutet auf ein Nachgeben der Benelux-Länder hin. Diese hatten sich zunächst überhaupt gegen eine internationale Behörde ausgesprochen. Jetzt sind sie damit einverstanden, „später“ und „allmählich“ eine derartige Stelle zu schaffen.

Ein Sprecher der Bundesregierung demotivierte nachdrücklich, daß sich die Außenminister in Straßburg schon auf die Bildung eines deutschen Verteidigungsministeriums geeinigt hätten.

Einige Delegierte der europäischen Versammlung, die ihre jetzige Tagung abgeschlossen hat, wiesen darauf hin, daß die britische

Regierung nach der Zusammenkunft Churchills mit Truman Anfang Januar eine unzweddeutige Erklärung darüber abgeben dürfte, wie weit die „enge Zusammenarbeit“ Großbritanniens mit einem geeinten Europa gehen wird. Die bisherige ablehnende Einstellung Großbritanniens ist von den meisten Delegierten kritisiert worden.

Rüstungsprogramm wird nicht erfüllt
Averell Harriman, der Vorsitzende des provisorischen NATO-Ausschusses für Verteidigungsfragen, hat General Eisenhower einen Bericht vorgelegt, der die Frage behandelt, wie hoch die Verteidigungsbeiträge der einzelnen europäischen Staaten im Rahmen des Nordatlantikkompaktes sein sollten. Obwohl der Bericht geheim ist, verläutet aus zuverlässiger Quelle, er enthalte die Schlussfolgerung, daß die 35 bis 40 Divisionen, die Eisenhower für Ende 1952 gefordert hat, nicht mehr rechtzeitig aufgestellt würden. Harriman schlägt vor, alle Teilnehmerstaaten des Atlantikkompaktes außer den USA, Großbritannien, Portugal und Island, aufzufordern, ihre Verteidigungsbeiträge in einem bestimmten Verhältnis zum Volkseinkommen und im Durchschnitt um etwa fünf Prozent zu erhöhen.

In diesem Zusammenhang erwähnt man, daß der französische Verteidigungsminister Bidault behauptet hat, Frankreich brauche im Hinblick auf die gestiegenen Produktionskosten eine Milliarde Dollar mehr, um das vorgesehene Aufrüstungsprogramm für 1952 einzuhalten.

Adenauer kann auf England zählen

Eine Botschaft Churchills - Der Bundeskanzler wieder in Bonn

Bonn (ZSH). Am Mittwochnachmittag traf Bundeskanzler Dr. Adenauer, von Straßburg kommend, im Kraftwagen wieder in Bonn ein. Er wird voraussichtlich am Donnerstag das Kabinett über den Verlauf der Außenminister-Konferenz unterrichten.

Bei seiner Ankunft in Bonn fand der Bundeskanzler zwei Telegramme von Premierminister Churchill und Außenminister Eden vor, mit denen diese dem Dank Dr. Adenauers für die gastliche Aufnahme in England beantworteten. In seiner Botschaft bemerkte Churchill, er teile die Ansicht des Kanzlers, daß ihre Zusammenkunft von großem Nutzen für ihre beiderseitigen Bemühungen um die Konsolidierung Europas und des Weltfriedens gewesen sei. Sein Bericht habe in dem wichtigen Augenblick stattgefunden, da sich zwischen den beiden Ländern ein neues, glückliches Verhältnis anbahne. Dr. Adenauer könne in dieser Beziehung auf die Unterstützung und den guten Willen des britischen

Volkes zählen. Auch Eden charakterisierte die Englandreise des Kanzlers als wertvollen Beitrag zur weiteren Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen, zum Wohle des Weltfriedens und der internationalen Freundschaft.

Im Palais Schaumburg hatte der Kanzler inzwischen schon die erste Besprechung mit den Wirtschaftsexperten der Regierungsparteien über das Thema der Schumanplan-Ratifizierung. Trotz gewisser Gegenstände innerhalb der Koalitionsfraktionen über die Zweckmäßigkeit einer Ratifizierung vor den Weihnachtsferien war die Mehrheit der Konferenzteilnehmer der Ansicht, daß Adenauers Bestreben, die Ratifizierung noch in diesem Jahr vorzunehmen, Erfolg haben werde. Die Statistiker im Bundestag rechneten eine Mehrheit von 40 bis 50 Stimmen zugunsten des Schumanplanes.

Empfänge beim Bundespräsidenten

Dank an das Jugend-Rotkreuz der USA — Ehrung für Berufswettkampfsieger

Bonn (UP). Anlässlich eines Besuchs in Westdeutschland wurde Livingston K. Blair, Direktor des amerikanischen Jugend-Rotkreuzes, vom Bundespräsidenten empfangen. Prof. Heuss dankte Blair für die umfangreichen Spenden, die amerikanische Jugendliche durch Vermittlung des Jugend-Rotkreuzes (JRK) notleidenden Kindern in Deutschland zukommen ließen. Der Wert dieser Spenden, u. a. Schulbedarfartikel für 90 000 Dollar, über 500 000 Geschenkpakete und neuerdings 55 000 Dollar für die Einrichtung von Näh- und Bastelstuben für heimatvertriebene Jugendliche, beträgt nach Angaben des Generalsekretärs des Deutschen Roten Kreuzes seit 1947 insgesamt rund 2,7 Millionen DM.

Prof. Heuss empfing ferner den Bundesvorsitzenden des Deutschen Besamtenbundes zu einer Aussprache, in der Fragen der sozialen Stellung des Berufsbesamtenbundes, der Beteiligung am geplanten Bundeswirtschaftsrat, das Bundesbesamtenengesetz und das Besamtenvertretungsgesetz sowie Besamten- und Versorgungsfragen erörtert wurden.

Den 14 Siegern und Siegerinnen des Berufswettkampfes der Deutschen Angestellten-Gesellschaft sprach der Bundespräsident persönlich seinen Glückwunsch aus. Er wies sie in einer Ansprache darauf hin, daß zu dem Gefühl, an der Spitze zu stehen, nun auch das Gefühl der Verantwortung kommen müsse. Die deutsche Volkswirtschaft brauche wieder den Kaufmann, der draußen in der Welt das Vertrauen für Deutschland zurückgewinne. Der Präsident überreichte dann den Siegern sein Buch „Deutsche Gestalten“.

Ein Transport von 200 Kindern, die durch Vermittlung des Internationalen Roten Kreuz-Komitees nach sechsjähriger Trennung ihren Eltern wieder zurückgegeben werden konnten, traf aus Jugoslawien in München ein.

Viscount Addison, der Vorsitzende der Labour-Fraktion im britischen Oberhaus unter der Regierung Attlee, ist im Alter von 82 Jahren gestorben.

Der Generalvikar der ungarischen Erzdiözese Esztergom, Msgr. Matrai, der kurz nach der Verurteilung von Kardinal Mindszenty zum Generalvikar ernannt worden war, ist zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Ein ernstes Kapitel

Von Rolf Brandt

Wer sich heute mit Krankenhäusern und Kliniken beschäftigt, beschäftigen muß, kommt zu erschütternden Feststellungen. Man muß zunächst rein sachlich bemerken, daß die Fliegerbomben die Krankenhäuser, Kliniken, Lazarette, aber auch alle zivilen Stätten der Hilfe für Kranke nicht etwa besonders geschont, sondern, man könnte es aus dem Resultat fast folgern, besonders häufig getroffen haben. Die Verhältnisse im westlichen Deutschland sind in fast allen Landesteilen gleichmäßig schlecht und ein paar Ausnahmen bestätigen im Grunde die Regel. Die Gebäude aber und Einrichtungen, die das Jahr 1945 überstanden, wurden teilweise von den Besatzungsmächten übernommen und stehen noch heute nicht etwa vorzeitig zur Verfügung der deutschen Bevölkerung. Für die Deutschen sind mühselig und meist armselig geblieben die deutschen Krankenhäuser offensichtlich durchaus genügend.

Die Generation in Deutschland, die zwei Weltkriege mitgemacht und erlebt hat, daß ihr Vaterland sie verlor, hat fast im Durchschnitt, um es auszudrücken, irgendwelche Leiden, die kaum durch den nächsten praktischen Arzt behoben werden können. Es gibt sogar Namen, die noch unseren Eltern unbekannt waren, wie etwa die Kreislaufstörung, die sich bei viel mehr älteren Menschen anzeigt, als man noch vor kurzer Zeit voraussetzen konnte. Über die medizinische Seite der Heilung, die am besten eben in einer Klinik erfolgt, sei in diesem Zusammenhang nichts gesagt, aber die Möglichkeiten der Klinik selbst sind nicht in der Kenntnis der Ärzte oder der Anwendung von Heilmitteln begrenzt, sondern in der Möglichkeit, Kranke aufzunehmen und, wie man das bisher selbstverständlich annahm, gut zu betreuen. Es gibt für jede Sorge zu wenig Hilfsmittel.

Die Ärzte arbeiten, daß sie kaum noch wissen, in wieviel Minuten sie die Stunde teilen sollen, die Schwestern erledigen die notwendigen Handreichungen fast nur im Laufschrift, die Helfer sind kaum noch in der Lage, die Tragen richtig die Treppen hinaufzubefördern, und dann fällt schließlich zu irgendeiner Tageszeit jedermann ängstlich an die Heizung. Dabei muß man mit Bewunderung feststellen, daß die Ärzte etwa an den Universitätskliniken, die ebenso überbelegt sind wie alle anderen Heilstätten, ja noch wissenschaftlich weiterarbeiten und ihre Kenntnisse, um ein großartiges Wort zu gebrauchen, der ganzen Menschheit zur Hilfe darbieten sollen. Jeder, — und die Hand des Schicksals kann jeden Tag zufassen —, der heute in die überbelastete Maschine des Heilwesens in Deutschland geworfen wird, hat in der Tat sehr ernsten Wochen entgegenzusehen.

Es war einmal Deutschlands Stolz, gerade auf diesem Gebiet führend zwischen den Nationen der Welt zu stehen. Jetzt hat man viele überflüssige Dinge unternommen, aber der Kliniken und Krankenhäuser und der Ärzte, die in ihnen wirken, denkt man, eben wohl wegen des schlechten Gewissens, sozusagen nur am Rande.

Es geht aber nicht länger mehr so! Es handelt sich nämlich um Kranke, es handelt sich um einen großen Teil unseres Volkes. Nicht etwa um einen Landesgesundheitsrat. Es handelt sich um keinerlei Parteisachen oder Angelegenheiten der Weltanschauung. Es handelt sich um die Pflicht jedes Menschen, die Not und die Wahrheit zu sehen.

Es ist auch völlig unmöglich, gerade dieses ernsteste Gebiet der sozialen Fürsorge zum Tummelplatz politischer und doktrinäer Auseinandersetzungen machen zu wollen. Der christliche Gedanke, daß allen Kranken die beste Hilfe zuteil werden muß, darf nicht in öde Gleichmacherei verkehrt werden; denn die häufig gebörte Bemerkung, alle Kranken seien gleich, ist nicht sozial, sondern kommunistisch. Nicht für alle ist Unterbringung in Massensälen, Abfütterung mit Blechtellern und -näpfen zur Heilung das Förderliche. Nicht Repräsentationsmannen der Krankenkassen brauchen wir, sondern gute und gut eingerichtete Krankenhäuser.

Eine Nation, deren kulturelle Höhe unbestreitbar ist, kann nicht diese Sorge auf die leichte Schulter nehmen. Man muß sich endlich entschließen, den Ruf zu hören, der an alle geht, an jeden einzelnen, an die Politiker, an die Wirtschaftler, an alle Parteien und an alle im Leben stehenden Menschen. Es darf kein Ruf in die Wüste sein: Nehmt euch der Krankenhäuser und der Kliniken an! Helft der ärztlichen Wissenschaft und den Kranken!

Die US-Hochkommission kritisiert Ursachen der Besatzungsmüdigkeit - Der Konflikt mit dem DGB

Frankfurt (UP). In ihrem 8. Vierteljahresbericht, der den Zeitraum vom 1. Juli bis zum 30. September 1951 umfaßt, stellt die US-Hochkommission fest, die Bundesrepublik scheine in dem Bestreben, gemeinsam mit den anderen Nationen des Westens eine Lösung für die durch die Ost-West-Spannung entstandenen Probleme zu finden, nunmehr aus dem „schmerzhaften Übergangsstadium“ herausgewachsen und bereit zu sein, die erste Verantwortung, die die Freiheit mit sich bringe, auf sich zu nehmen. Als wichtigstes Ereignis des Berichtszeitraumes wird die Washingtoner Außenminister-Konferenz bezeichnet. Hauptmerkmale auf dem Wirtschaftssektor seien die ständige Steigerung des deutschen Exports, sowie die leicht rückläufige Tendenz des Produktionsindex, die auf eine verminderte Nachfrage der Verbraucher und die allgemeine Kohlenknappheit in ganz Europa zurückgeführt wird.

Der erste Hauptabschnitt des Berichtes kommt u. a. eingehend auf die Beziehungen Deutschlands zu den Besatzungsmächten zu sprechen; er weist darauf hin, daß sich „eine Art Vertrauenskrise“ entwickelt habe, obwohl sich die deutsche Haltung „in den grundlegenden Fragen allgemein mit jener der Westmächte“ decke. Andererseits hätten die sechs Jahre Besetzung zu einer Art „Besatzungsmüdigkeit“ geführt, die von ernstem Zweifel an dem guten Willen und den wohlgemeinten Absichten der Besatzungsmächte begleitet sei.

Die SPD als wichtigste Oppositionspartei habe sich mit ihren Angriffen auf die Besatzungspolitik die „Rolle eines Vorkämpfers für die deutsche nationale Freiheit angemaßt“. Die Vorwürfe der SPD hätten zur Verstärkung des allgemeinen Widerstandes gegen eine Politik beigetragen, „der man nur zu oft mit Ressentiments und Vorurteilen gegenübertritt, anstatt sie im klaren Licht der Wirklichkeit zu betrachten“. Trotz der periodisch wiederkehrenden stürmischen Auseinandersetzungen, die zeitweilig die deutsch-alliierten Beziehungen trübten, besteht nach Ansicht der US-Hochkommission jedoch berechtigte Hoffnung auf eine allgemein objektivere Beurteilung, sobald endgültige Entscheidungen getroffen werden sollen.

Zum Thema „Die europäische Wirtschaft und das Kohlenprogramm“ meint die Hochkommission, daß sämtliche europäische Staaten für eine Steigerung der Kohlenförderung um 25 Prozent in den nächsten fünf Jahren sorgen müßten. Der wertvollste Einzelbeitrag, den die Bundesrepublik zu den gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen leisten könne, sei die Kohlenausfuhr. Die deutschen Klagen über die zu hohen Kohlenexporte versucht der Bericht als unberechtigt darzustellen. Erhebliche Kürzungen des Kohlenexports und entsprechende Gegenmaßnahmen anderer Länder würden zum „wirtschaftlichen Selbstmord“ führen.

Lobend äußert sich der Bericht über die „allgemein große Zurückhaltung“ der deutschen Gewerkschaften gegenüber der Regierungspolitik und hebt hervor, daß ihre Lohnpolitik „von Mäßigung gekennzeichnet“ gewesen sei. Die Gewerkschaften hätten sich mehr für eine Herabsetzung der Preise, als für die Erzielung höherer Löhne eingesetzt. Die Hochkommission stellt abschließend fest, daß eine Zusammenarbeit der Bundesregierung mit den Gewerkschaften für die Zukunft nur möglich sein werde, „wenn die Regierung nicht nur zu Verhandlungen bereit, sondern auch ehrlich bemüht ist, den berechtigten Forderungen der Gewerkschaften entgegenzukommen“.

Bayern fahndet nach Attentätern

erschütternde soziale Verhältnisse München (UP). Die Kriminalpolizei der Stadt München gab die erste amtliche Erklärung über die angeblich auf den bayerischen Innenminister Dr. Höpner und den bayerischen Landtag geplanten Attentate heraus. Sie erklärt, die Kriminalpolizei habe die Ermittlungen in vollem Umfang aufgenommen und auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt. Die Öffentlichkeit werde über den Stand der Ermittlungen zum gegebenen Zeitpunkt unterrichtet. Das bayerische Landtagsgebäude und das Innenministerium mit der Staatskanzlei sind weiter von zwei Hundertschaften der Bereitschaftspolizei besetzt.

Der Oberbürgermeister von München, Thomas Wimmer, erklärte bei einer Weihnachtsbescherung für 500 alte Münchner, von den 885.000 Einwohnern der Stadt hätten 42 Prozent kein eigenes Einkommen, sondern bezögen Unterstützung aus öffentlichen oder privaten Quellen. Die monatlichen Unterstützungsbeträge aus öffentlichen Mitteln in München betrafen Wimmer auf 20 Millionen DM. Die monatliche Belastung der Münchner Bürger zu Gunsten der Unterstützungsempfänger betrage 50 DM pro Kopf der Bevölkerung.

Nur 700 politische Häftlinge entlassen

Berlin (UP). Auf Grund der Amnestie in der Ostzone sind bisher 12.000 meist kriminelle Häftlinge entlassen worden, wie der Leiter des Untersuchungsausschusses freibühlicher Juristen in Berlin mitteilt. Nach seinen Ermittlungen dürfte die Gesamtzahl aller Amnestierten bis zum Ende der Amnestie zu Weihnachten die festgelegte Quote von 20.000 übersteigen. Darunter befinden sich aber nur 700 Amnestierte, die aus politischen Gründen verurteilt worden seien. Unter Berücksichtigung der Neuverurteilungen und der Entlassungsziffern sinkt nach Informationen der freien Juristen die Zahl der politischen Häftlinge in der Ostzone von den im Sommer genannten 25.000 auf 24.600 ab.

Die schweizerische Bundesversammlung wählt am Donnerstag zwei neue Minister als Nachfolger für Eduard von Steiger und Ernst Nobs, die vor einiger Zeit zurückgetreten sind.

Mißbilligung Dehlers abgelehnt

Mutterschutzgesetz angenommen - Die Not der Jugend - Verfassungsstreit um Petersberg

Bonn (UP). Der Bundestag lehnte zwei Anträge der KPD und der SPD ab. Bundesjustizminister Dr. Dehler wegen seiner „Diffamierung des Deutschen Gewerkschaftsbundes“ und der angeblichen Behauptung, die Kriegspferrenten würden zu etwa einem Drittel unrechtmäßig bezogen, eine Mißbilligung auszusprechen.

Bundesjustizminister Dr. Dehler stellte zu dem KPD-Antrag fest, daß er keine Rede gegen die Gewerkschaften, sondern um die Gewerkschaften gehalten habe. Es gehe ihm nicht um eine Diffamierung, sondern um eine scharfe geistige Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften. Zum zweiten Antrag meinte der Minister, daß heute Renten unrechtmäßig bezogen würden und man sogar Minister zwingen, Renten anzunehmen, während wirklich Bedürftige nicht einmal das erhielten, worauf sie Anspruch hätten. Die Sucht nach Renten führe zu einer Lähmung der Arbeitsleistung. Die Rentenpsychose sei viel gefährlicher als nach dem ersten Weltkrieg und zu einer „Rentenneurose“ geworden.

August Martin Euler (FDP) stellte sich hinter den Bundesjustizminister und betonte, daß sich Dehlers Kritik nicht gegen die Gewerkschaften, sondern gegen die „rechts- und verfassungswidrige“ Androhung des politischen Generalstreiks richtete, wie er im Februar 1951 durchgeführt worden sei. Euler lehnte in längeren Ausführungen den Erststreik der Gewerkschaften und die während des besessenen Metallarbeiterstreiks angeordnete Massenauswanderung junger Fachkräfte als in einem Rechtsstaat unerlaubte Maßnahmen scharf ab.

Der Bundestag hat den verfassungsmäßig gesicherten Anspruch der Mutter auf Schutz und Fürsorge durch die Gemeinschaft gesetzlich verankert. Nach dem einmütig gebilligten Antrag der SPD dürfen erwerbstätige Mütter in Zukunft sechs Wochen vor der Entbindung und sechs Wochen danach nicht beschäftigt werden. Die Einbeziehung von Beamten in diese Bestimmungen lehnte der Bundestag ab, da das Bräutigamgesetz bereits weitgehende Schutzbestimmungen vorsieht.

Im einzelnen regelt das neue Mutterschutzgesetz unter anderem Arbeitsverhältnisse, die Zahlung von Wochen- und Stillgeldern, Mehr-, Nacht- und Sonntagsarbeit und Sonderunterstützungen für Hausgehilfinnen. Sofern die Schwangerschaft dem Arbeitgeber bekannt ist, darf eine Kündigung während der Schwangerschaft bis zum Ablauf von vier Monaten nach der Entbindung nicht erfolgen. Hausgehilfinnen können allerdings nach Ablauf des fünften Schwangerschaftsmonats gekündigt werden.

Das Plenum lehnte einen KPD-Antrag ab, der die Außerkräftsetzung der Verordnung über Untermietzuschläge forderte. Sprecher der SPD und des BHE hatten die Erhebung von Untermietzuschlägen gemeinsam mit der KPD abgelehnt und die Verordnung als rechtswirksam bezeichnet, weil sie weder dem Bundestag noch dem Bundesrat vorge-

legt worden sei. Bundeswohnungsbauminister Wildermuth warnte demgegenüber vor einer Überschätzung dieser Verordnung, da sie nur einen Rechtszustand für gültig erkläre, der in einzelnen Bundesländern bereits bestanden habe. Wildermuth gab bekannt, daß ein Gesetz über richterliche Vertragshilfe vorbereitet werde, das in Härtefällen einen Ausgleich herbeiführen soll. Zu einem SPD-Antrag, auch die geplante Verordnung über eine Erhöhung der Altbaukosten dem Bundestag vorzulegen, erklärte der Bundeswohnungsbauminister, daß eine grundsätzliche Erhöhung der Altbaukosten um zehn Prozent vorbereitet werde.

Bundesinnenminister Dr. Lehr stellte in Beantwortung einer Anfrage mehrerer Fraktionen fest, daß der Bundesjugendplan zu einer „Initialzündung“ geworden sei und die Jugendarbeit in den Ländern in finanzieller Hinsicht wesentlich beeinflusst habe. Irma Keilhack (SPD) erinnerte daran, daß man die Behebung der Arbeits- und Berufsnot der Jugendlichen als ein immer dringlicher werdendes Problem ansehen müsse, zumal man im Jahre 1954/55 mit etwa einer halben Million Berufsarbeitslosen rechnen habe. Der FDP-Abgeordnete Dr. Mendt wies auf die zur Zeit unbeschäftigten 80.000 Jugendlichen hin und forderte die Einführung eines Arbeitsdienstes. Bundesflüchtlingsminister Dr. Lukaschek wird am schließlichen Bericht über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet vorliegen. In Beantwortung einer SPD-Anfrage unterstrich er, daß sich jetzt über 1,5 Millionen Sowjetzonenflüchtlinge im Bundesgebiet befinden.

Das Parlament stellte sich mit Ausnahme der Opposition im Verfassungsstreit SPD contra Bundesregierung auf die Seite des Kabinetts. Die SPD hatte vor dem Bundesverfassungsgericht eine Klage gegen die Bundesregierung angestrengt, weil sie für das Petersberger Abkommen nicht die Zustimmung des Plenums in Form eines Bundesgesetzes einholte. Dr. Arndt von der SPD wies darauf hin, daß die Bundesrepublik sich im Petersberger Abkommen verpflichtet habe, die Entmilitarisierung strikt durchzuführen und alle gegenteiligen Maßnahmen zu unterbinden. Für das Parlament könne sich nach der Stellungnahme für die belagerte Partei jetzt die paradoxe Situation ergeben, daß der Bundestag mehr Rechte habe, als er für sich in Anspruch nehme.

Zu Beginn der Sitzung begrüßte Bundestagspräsident Dr. Ehlers die türkischen Parlamentarier, die seit dem 5. Dezember das Bundesgebiet besuchen. Er sprach seine Bewunderung für die Aufbauleistung aus, die von dem türkischen Volk in kürzester Zeit vollbracht wurde. Im Namen der Gäste dankte Muehle Tuncay, der Vizepräsident der türkischen Großen Nationalversammlung dem Bundestag für die Einladung in die Bundesrepublik und drückte seine Hoffnung aus, daß diese Reise zur Vertiefung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern beitragen möge.

Sowjetische Aktivität in Nahost

Irans Oelquellen müssen sich entscheiden - Ägypten will Londoner Botschafter abberufen

Kairo (UP). In den letzten 42 Tagen sind nicht weniger als 68 sowjetische Staatsangehörige, von denen die meisten im Besitze von Diplomateneinreisen waren, in Rom zwischengelandet. Die meisten von ihnen kamen aus Prag und Hagen nach verschiedenen Städten des Nahen Ostens weiter. In der westlichen Welt wird diese verstärkte diplomatische Aktivität mit großer Sorge verfolgt.

Der iranische Ministerpräsident Mossadegh richtete ultimative Schreiben an Oögesellschaften in 36 Staaten, in denen diese aufgetaucht waren, sich zu entscheiden, ob sie in Zukunft am Kauf des iranischen Erdöls interessiert sind. Auf Grund des Verstaatlichungsgesetzes haben die ehemaligen Abnehmer der Anglo-Iranian-Oil-Company das Vorkaufsrecht für den Erwerb des iranischen Erdöls. Wenn sie das Öl nicht annehmen, müssen sie auf einen künftigen Bezug verzichten. Der steuerverweigernde Ministerpräsident Fatemi wies darauf hin, daß die im Gesetz vorgesehenen Fristen schon abgelaufen seien, daß die Regierung aber nochmals ihren guten Willen beweisen wolle. Die Regierung behalte sich aber das Recht vor, nach Ablauf der neuen Frist Öl an jeden beliebigen Abnehmer zu verkaufen.

Der ägyptische Ministerpräsident Nahas Paskas kündigte die Veröffentlichung eines Kommuniqués an, von dem man annimmt, daß es sich mit der Art der zukünftigen britisch-ägyptischen Beziehungen befaßt werde. Im Anschluß an eine Sondermission des ägyptischen Außenministers hatte es allgemein geheissen, die Regierung habe beschlossen, ihren Botschafter aus London abzuberufen. Der amtierende Außenminister Farag erklärte jedoch demgegenüber, diese Frage sei noch nicht entschieden. Der amerikanische Botschafter in Kairo, Caffery, suchte Farag zu einer dringenden Besprechung auf. Man nimmt an, daß er ihm nahegelegt hat, von einer so drastischen Maßnahme wie der Abberufung des ägyptischen Botschafters abzusehen. Der britische Freidileminister Churchill habe mit seinem Außenminister Eden im Zusammenhang mit der britisch-ägyptischen Krise eine längere Unterredung.

Von ägyptischen Kreisen wurde bestätigt, daß die Regierung alle freiwilligen Streitkräfte, wie die „Befreiungsbataillone“, bewaffnen werde. Jedoch bedeute dies nicht, daß alle Zivilisten ohne Unterschied ein Gewicht in die Hand bekämen. Es werde auf jeden Fall für die öffentliche Sicherheit gesorgt. Das britische Außenministerium veröffentlichte am Mittwoch den Wortlaut einer Note an Ägypten, in der das britische Verhalten in der Kanalzone eingehend begründet wird.

Skandinavische Rüstungspläne

Oslo (UP). Die norwegische Regierung beabsichtigt, innerhalb der kommenden drei Jahre 2,5 Milliarden Kronen (1,97 Milliarden DM) für Verteidigungszwecke auszugeben. Erik Brofod, der norwegische Handelsminister, sagte vor dem Parlament, Norwegen habe in einem Memorandum an den Atlantikpakt-Rat zu verstehen gegeben, daß die Aufwendung von 2,5 Milliarden Kronen für Verteidigungszwecke das Maximum sei, das Norwegen für Verteidigungszwecke aufzubringen vermöge, ohne seine Wirtschaft zu ruinieren. Diese 2,5 Milliarden Kronen würden jedoch nur ein Drittel der tatsächlichen Kosten des norwegischen Rüstungsprogrammes decken, während die übrigen zwei Drittel mit Mitteln des militärischen Hilfsprogrammes (der USA) gedeckt werden müßten.

Der dänische Finanzminister Kristensen gab vor dem dänischen Reichstag eine Übersicht

Der Sprengstoff-Attentäter gesteht

Keinerlei politische Hintergründe - Das Motiv war Geldgier

Bremen (UP). Mit der überraschenden Feststellung der Sonderkommission „S“, daß der 24jährige Erich von Halacz der alleinige Täter sei und den Sprengstoffattentaten von Bremen und Eystrup entgegen den häufig geäußerten Vermutungen keine politischen Motive zugrundeliegen, fand eine der größten Verbrecherjagden der Nachkriegszeit ihren Abschluß.

Knapp zwei Wochen nach der heimtückischen Ermordung des Chefredakteurs der „Bremer Nachrichten“ in Bremen und einer Kontoristin auf einem Postamt in Eystrup durch „Todespakete“ konnte die Sonderkommission „S“, die eine Fahndungsaktion von beispiellosem Ausmaß durchgeführte und über 1000 Spuren verfolgt hat, der Öffentlichkeit den Verender dieser verhängnisvollen Pakete nennen und seine Motive schildern.

Erich von Halacz aus Drakenburg bei Nienburg/Weser, der sich in Haft befindet, hat inzwischen der Polizei eingestanden, weshalb zu seinen Verbrechen bewog: Er verließ - nach Darstellung der Polizei - die Attentate aus reiner Geldgier. In Verbindung mit der Ermordung der drei Personen, an welche die „Todespakete“ gerichtet waren, plante er eine abenteuerliche Erpressungsaktion, zu der er durch Zeitungsberichte über den amerikanischen Gangster Costello angeregt worden sein will. Die Anzeiger der Ermor-

über die finanziellen Lasten, die die Aufrüstung mit sich bringe. Dänemark werde eine volle Division aufstellen müssen. Die Verlängerung der Militärdienstzeit von 12 auf 18 Monate sei bereits von der Regierung beschlossen worden, damit die Division zum Mai 1953 aufgestellt werden könne. Der Verteidigungshaushalt werde im nächsten Jahr auf 2500 Millionen Kronen (rund 1,5 Milliarden DM) steigen.

Ein Schritt weiter in Korea

Truman sendet Geheimbericht an Ridgway Seoul (UP). Die UN-Delegierten bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Pan Mun Jon stimmten am Mittwoch dem Vorschlag der Kommunisten zu, daß die Überwachung des Waffenstillstandes von einer „neutralen“ Kommission durchgeführt werden soll. Sie erklärten sich ferner bereit, die Streitkräfte von allen Inseln Nordkoreas und aus den Territorialgewässern zurückzuziehen. Die Kommunisten erklärten, daß dieses Entgegenkommen der UN nicht weit genug gehe. Gleichzeitig verhandelte der Unterausschuß über die Kriegsgefangenenfrage, ohne daß es zu Fortschritten kam. Die Kommunisten bestanden darauf, daß der Grundsatz der Freilassung aller Kriegsgefangenen anerkannt werden müsse.

Präsident Truman hat General Matthew Ridgway, dem alliierten Oberbefehlshaber im Fernen Osten, einen Geheimbericht übersandt, in dem er seinen Standpunkt zu den Waffenstillstandsverhandlungen in Korea darlegt. Wie aus zuverlässiger Quelle verläutet, empfiehlt Truman keine drastische Änderung des bei den Waffenstillstandsverhandlungen eingeschlagenen Kurses. Er soll sich jedoch für eine Beschleunigung der Verhandlungen und für Vorsichtsmaßnahmen gegen gewisse kommunistische Taktiken aussprechen haben.

Die argentinischen Atomversuche

Verbindung mit „einem Industriestaat“

Buenos Aires (UP). Der Leiter der staatlichen argentinischen Atomforschung, Professor Roland Richter, gab in einer Pressekonferenz bekannt, daß Argentinien die Atomforschung in Zukunft „gemeinsam mit einem Industriestaat“ betreiben werde. Um welches Land es sich dabei handelt, erwähnte Richter nicht. Präsident Peron habe ihn beauftragt, mit dem „Industriestaat“ über einen formellen Vertrag zu verhandeln.

Richter erklärte weiter, die argentinische Atomwissenschaft verzichtete bei ihren Versuchen auf die Verwendung von Uran und Plutonium. Stattdessen benutzte sie zu ihren Spaltungsversuchen ein anderes Element. Nebenher stelle Argentinien jedoch auch Uran und Plutonium her, das vielleicht eine wichtige Rolle als argentinischer Exportartikel spielen werde. Argentinien bevorzuge bei seinen Versuchen den chemischen Prozeß der Spaltung, da andere Methoden zu umfangreiche Anlagen zur Voraussetzung hätten.

Auch für die Ölindustrie machte Richter interessante Angaben und erklärte in dem argentinischen Atominstitut würden Versuche angestellt, um die Atomkraft zum Raffinieren des Erdöls nutzbar zu machen.

Gegen Ricardo Balbin, den Präsidentschaftskandidaten der radikalen Partei bei den kürzlich abgehaltenen argentinischen Wahlen, wurde ein Haftbefehl erlassen, weil er „respektlose“ Äußerungen über Präsident Peron getan haben soll.

Fünf Tote gab es bei der Explosion von Feuerwerkskörpern in der Nähe von Neapel.

US-Hochkommissar McCloy und Samuel Reber, der Vorsitzende des Rats der Stellvertreter der vier Außenminister für den österreichischen Staatsvertrag, hatten eine Unterredung mit dem österreichischen Außenminister Dr. Gruber.

Die 6. amerikanische Flotte warf in den Gewässern des sizilianischen Hafens Augusta Anker.

„Neue Welt“ übernahm „Deutschen Ring“

Die Versicherungsbestände des liquidierten Versicherungskonzerns „Deutscher Ring“ sind nunmehr endgültig auf die „Neue Welt Lebensversicherungs-AG“ und die „Neue Welt Krankenversicherungs-Verein AG“ Hamburg übertragen worden. Die genannten „Neue Welt“-Versicherungs-Gesellschaften wurden im Jahre 1947 als Auffanggesellschaften für die liquidierten „Deutscher Ring“-Gesellschaften neu gegründet.

Aus der Stadt Etlingen

Die neuen 5-DM-Stücke
Das Bundesministerium der Finanzen gab Einzelheiten über die neuen 5-DM-Münzen bekannt...

Weihnachtshilfe der Arbeitgeberchaft
Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat die deutschen Arbeitgeber in einem Aufruf aufgefordert...

Die Viehzählung vom 3. Dezember
hatte in Etlingen folgendes Ergebnis: 79 Pferde, 2 Maulesel, 291 Schafe, 257 Rindvieh...

Bereins-Nachrichten

Der Luftsportverein Albgau
hält am Samstag, 15. Dez., 20 Uhr, im Gasthaus zum „Alten Fritz“ seine diesjährige Weihnachtsfeier ab...

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft Ortsgruppe Karlsruhe
Berufsgruppe Versicherungsangestellte teilt mit, daß am Freitag, 11. Jan. 1952, in Wiesbaden Tarifverhandlungen für das private Versicherungsgewerbe stattfinden.

Schwerhörigenbund
Am Sonntag, 9. Dez., fand unsere gut besuchte Adventfeier in der „Bavaria“ in Karlsruhe statt...

Jungmitglieder stellen 70 Tiere aus
Rassegeflügelzüchter besprachen Ausstellung
In der letzten Monatsversammlung der Rassegeflügelzüchter berichtete Vorstand Jos. Braun über die Lokalausstellung...

Wo sollen die Autos parken?

Fragestunde für die Bevölkerung im Etlinger Gemeinderat

Die gestrige öffentliche Gemeinderatssitzung zeichnete sich durch einen besonders regen Besuch aus...

Dank an das Waldpersonal

Gemeinderat Blau (CDU) erklärte, daß man dieser Ausgabe zustimmen müsse. Der Steinbronn Weg solle etwas flacher gebaut werden...

Der Beizug der Eigentümer von Grundstücken an der Wilhelmstraße zwischen Schloßgartenstraße und Horbach zu den Kosten der neuen Straßenanlage wurde vom Gemeinderat ebenfalls gebilligt.

Radsfahrweg in der Pforzheimer Straße?

Eine längere Diskussion entwickelte sich über die Anlage eines Radsfahrweges innerhalb der Ortsdurchfahrt zwischen Wehr Duffner und Watterberg...

Bürgermeister Rimmelspacher teilte mit, er bedauere es sehr, daß die von einer auswärtigen Firma in Etlingen geplante Weihnachtsausstellung nicht zustande kam...

Auch dieses Jahr öffentliche Weihnachtsfeier

Wie Bürgermeister Rimmelspacher mitteilte, findet auch in diesem Jahr eine Weihnachtsfeier am 24. Dezember statt, die in ihrer Gestaltung denen der vergangenen Jahre gleicht...

Die Bevölkerung darf mitsprechen

Der Etlinger Bevölkerung war anschließend Gelegenheit geboten, ein aktuelles Thema mit dem Gemeinderat zu diskutieren...

Die Aussprache zwischen Gemeinderat und Bevölkerung beschäftigte sich mit den Parkverhältnissen in der Pforzheimer Straße. Eine allgemeine Richtung der Meinungsäußerungen konnte man nicht feststellen...

Direktor Bissinger bat darum, die Pforzheimer Allee vor dem Realgymnasium und jeweils 10 Meter rechts und links des Gebäudes von parkenden Fahrzeugen freizuhalten...

Bei vielen Überlegungen kam zum Ausdruck, daß hauptsächlich die abgestellten Lastkraftwagen und Lanzolifahrerwerke in der Pforzheimer Allee störend empfunden werden...

Lastkraftwagen stören am meisten

Bei vielen Überlegungen kam zum Ausdruck, daß hauptsächlich die abgestellten Lastkraftwagen und Lanzolifahrerwerke in der Pforzheimer Allee störend empfunden werden...

Die Abhaltung des Ausspracheabends wurde am Schluß der Veranstaltung von den Anwesenden einstimmig begrüßt...

Obermeister begrüßen Mittelstandsblock

Die Tagungen der Innungsoberrmeister und Gewerbevereinsvorsitzenden des Handwerksamtes Karlsruhe, bei denen auch Etlingen vertreten ist, gestalten sich von Mal zu Mal aktueller und interessanter...

alten Europa. Nicht minder interessant waren die Ausführungen über die Lehrlingsausbildung in den Vereinigten Staaten. Es gibt nach Angabe des Referenten auch in den USA Vorschriften über die Lehrlingsausbildung für viele Handwerksberufe...

Nach Unterrichtung der Versammlung über die beschlossene Neuregelung der Erziehungsbeiträge für Lehrlinge sprach Stadtrat Schlossermeister Schlachter über Fragen der Kommunalpolitik...

Mehr Bundeseinnahmen als -ausgaben

Im Bundeshaushalt überschritten im Oktober die Kasseinnahmen die -ausgaben. Mit rund 15 Millionen DM blieb der Überschuss allerdings erheblich gegenüber dem des Vormonats...



Heute abend 20 Uhr im Rathaussaal letzter Vortrag von Oberkirchenrat Dr. Hans Wolfgang Heidland über das Thema „Dämonie der Macht“

Aus den Albgau-Gemeinden

Bufenbach

Busenbach. Bei der sonntäglichen Abstimmung zur Südweststaatsfrage betrug die Abstimmungsquote 83%. Bei 1389 Wahlberechtigten ist dies bis jetzt die höchste Wahlbeteiligung...

Am Samstagabend hielt die Ortsgruppe der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen im Gasthaus zur „Sonne“ ihre Generalversammlung ab. In einem umfassenden Jahresbericht des Ortsgruppenvorsitzenden kam der unablässige Kampf um das Bundesversorgungsgesetz...

Kassenbericht und Jahresprotokoll wurden gutgeheißen. Der gesamte Ortsgruppenverwaltung wurde erneut das Vertrauen bekundet und sie in ihren Ämtern, mit einer Ausnahme bestätigt...

In der Zeit vom 1. bis 9. Dez. veranstaltete die Firma Joh. Seiberlich im Saale des „Adlers“ eine Weihnachtsausstellung ihrer Haushaltswaren...

Am Sonntagabend gab im gutbesetzten Sennensaal der Meisterräuberer Belachini aus St. Martin eine Vorstellung seiner magischen Kunst. Mit verblüffender Sicherheit führte der Künstler verschiedene Experimente vor...

Etlingenweiler

Etlingenweiler. Zur Zeit wird durch einen Bodenschätzungsausschuß aus Durlach auf der hiesigen Gemarkung eine Bodenuntersuchung bzw. eine Bodenschätzung durchgeführt...

D'e Schlußübung der Freiw. Feuerwehr

fand am Samstag, 8. Dez., 15 Uhr statt. Wenige Minuten nach dem Brandalarm traf die Wehr an dem angenommenen Brandobjekt, der Scheune des Landwirts Adolf Zimmer, ein...

Nach beendeter Übung sprach der Kommandant Wilhelm Görg der Wehr seine Befriedigung über den Verlauf der Übung aus.

Wirtschafts-Nachrichten

Auch Bürgermeister Lump, der bei der Übung anwesend war, sprach der Wehr seinen Dank für ihren treuen, stets einsatzbereiten Dienst aus. Bemerkenswert noch werden, daß auch einige Gründer der Wehr trotz ihres hohen Alters durch ihre Anwesenheit bei der Übung ihr Interesse für die Wehr bekundeten. Anschließend an die Übung fand im „Adler“ ein gemütliches, kameradschaftliches Beisammensein statt.

Bei der im Lauf der letzten Woche durchgeführten Zählung der Haustiere wurden 13 Pferde, 1 Schaf, 207 Stück Rindvieh, 203 Schweine, 191 Ziegen, 1511 Hühner, 38 Gänse, 25 Enten, 11 Trut- und Perlhühner und 60 Bienenvölker gezählt.

Über 1,5 Milliarden DM für Westberlin

Zur Deckung des Westberliner Defizits müsse die Bundesrepublik gegenwärtig mindestens 1,5 Milliarden DM jährlich als laufende Hilfe zur Verfügung stellen, gab das Bundesfinanzministerium bekannt. Der Investitionsbedarf der Berliner Wirtschaft in den nächsten drei Jahren werde auf rund vier Milliarden DM geschätzt. Diese finanzielle Last könne von Berlin nicht allein getragen werden. Angesichts der besonderen Stellung West-Berlins als „Vorposten westlicher Lebensform“ müsse der Bund auch weiterhin helfen.

Karls über-schlachtviehmarkt vom 10. u. 11. Nov.

Auftrieb: Rinder 317, Käber 277, Schafe 28, Schweine 832, Ferkel Ochsen A 100-109, B 84-98 C 83; Bullen A 102-112 B 92-104; Ferkel A 107 116, B 98 105; K he A 78-90 B 68-76, C 52-64 D 20; Käber A 130-143, B 110, C 128, D 93-105, E -; Schaf: 70-82; Schweine A 138-143, B 138-143, C 130-144, D 130 bis 144, E 135-142, F 128-136 G 120-130 G 2 100 115 M. K. Verkauf: Rind: 100-110, 110-120, 120-130, 130-140, 140-150, 150-160, 160-170, 170-180, 180-190, 190-200, 200-210, 210-220, 220-230, 230-240, 240-250, 250-260, 260-270, 270-280, 280-290, 290-300, 300-310, 310-320, 320-330, 330-340, 340-350, 350-360, 360-370, 370-380, 380-390, 390-400, 400-410, 410-420, 420-430, 430-440, 440-450, 450-460, 460-470, 470-480, 480-490, 490-500, 500-510, 510-520, 520-530, 530-540, 540-550, 550-560, 560-570, 570-580, 580-590, 590-600, 600-610, 610-620, 620-630, 630-640, 640-650, 650-660, 660-670, 670-680, 680-690, 690-700, 700-710, 710-720, 720-730, 730-740, 740-750, 750-760, 760-770, 770-780, 780-790, 790-800, 800-810, 810-820, 820-830, 830-840, 840-850, 850-860, 860-870, 870-880, 880-890, 890-900, 900-910, 910-920, 920-930, 930-940, 940-950, 950-960, 960-970, 970-980, 980-990, 990-1000.

Rheingewässerstand am 12. 2. Konstanz 304 (-0) Rheinfelden (-) Breisach 194 (-8) Straßburg 279 (-29) Maxau 471 (-19) Mannheim 350 (+40) Casu 231 (+6)

Wettervorhersage

Donnerstag und Freitag teils heiter, teils düstern oder neblig, aber niederschlagsfrei, nachts noch Frost, zum Teil unter minus 5 Grad. Tagsüber Erwärmung wenig über null Grad. Schwache Luftbewegung. Barometerstand: Veränderlich. Thermometerstand (heute früh 8 Uhr): - 4°

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Alb- und Rheingau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. - Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Ettligen, Schöllbrunner Straße 5. Telefon 187

Anzeigen-Annahme für Karlsruhe: Annoncen-Kreis oHG., Karlsruhe, Waldstr. 39. Ruf 712

Staat erhält den Löwenanteil

Filmschaffende fordern Kreditbürgschaften

Die Dachorganisation der Filmschaffenden in Westdeutschland und der „Verband deutscher Filmproduzenten“ richteten an den bayerischen Finanzminister, Wirtschaftsminister und Arbeitsminister ein Schreiben, in dem sie innerhalb von sechs Tagen endgültige Entscheidung über die Vergabe von Staatsbürgschaften für Filme, die in Gaiselgasteig gedreht werden sollen, fordern. Die Organisationen machen darauf aufmerksam, daß der deutsche Filmmarkt in den nächsten Jahren einer „überwältigenden Zahl“ von ausländischen Filmen ausgeliefert sein werde. In Gaiselgasteig, das eine jährliche Kapazität von 35 bis 40 Spielfilmen hat, sei bisher monatlich nur ein Film fertiggestellt worden. Tausend Film-Angestellte würden nicht mehr, wovon sie am nächsten Tage ihre Mahlzeiten bezahlen sollen. Der Syndikus des Produzentenverbandes in Süddeutschland, Dr. Baum, wies darauf hin, daß der Staat an jeder durch die Filmwirtschaft eingenommenen Mark mit 23 Pfennigen beteiligt sei, während der Produzent zur Abdeckung seiner Kredite und anderen Unkosten nur 21 Pfennige erhalte. Bei einem Jahresumsatz von 500 Millionen DM in dem westdeutschen Kinos erhalte der Staat 145 Millionen DM an Steuern.

Ein Flurbereinigungsgesetz kommt

Die Gemeinden und Bauern sollen entscheiden

Das Bundesernährungsministerium hat der Regierung einen Entwurf für ein Flurbereinigungsgesetz zugeleitet. Das Gesetz soll eine bundeseinheitliche Regelung schaffen, nach der in den Gemeinden über die Verwirklichung der Flurbereinigung abgestimmt und entsprechend dem Mehrheitsbeschluß verfahren werden soll. Die Entscheidung soll den Gemeinden und Bauern selbst überlassen bleiben. Die Notwendigkeit einer Flurbereinigung, die eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung teilweise bis zu 25 und 30 Prozent ermöglichen soll, werde von der Mehrheit der Gemeinden einsehbar. Die Kosten dieser Maßnahmen würden von Bund und Ländern gemeinsam getragen. Außerdem sollen auch ERP-Mittel für diesen Zweck zugewandt werden.

1951er-Wein zu 54 Prozent „gut“

Diesjährige Ernte unter Vorjahresergebnis

Das Bundeswirtschaftsministerium bezieht die diesjährige Weinrente des Bundesgebietes auf rund 2,8 Millionen Hektoliter gegenüber 3 Millionen Hektoliter im Vorjahr. Der Jahrgang 1951 sei zu 54 Prozent „gut“ und „sehr gut“ ausgefallen. 36 Prozent ergäben einen mittleren Konsumwein, während der Rest unter diesen Qualitäten liege.

Das vorordentlichste Problem in den kommenden Jahren sei für den deutschen Weinbau die Beseitigung der Reblaus-Gefahr, Mechanisierung und Rationalisierung des Weinbaus sowie die Züchtung neuer, reblaus-widerstandsfähiger, stark tragender Reben seien die besten Mittel, um die Produktionskosten zu verbilligen, damit bei zunehmender Liberalisierung des euro-

päischen Handels dem deutschen Weinbau sein Platz erhalten bleibe. Der deutsche Weinbau arbeite gegenwärtig noch mit einem höheren Aufwand an Kapital, Löhnen und Steuern als die übrigen Weinbaugebiete in Europa.

Lebenshaltungskosten steigen weiter

Die Preisindexziffer für die Gesamtlebenshaltung der westdeutschen Bevölkerung ist im November um weitere 0,8 Prozent gegenüber dem Vormonat angestiegen und beträgt gegenwärtig 189 Prozent des Standes von 1938. Wie das Statistische Bundesamt bekanntgab, traten die stärksten Preiserhöhungen in den Indexgruppen Ernährung (plus 1,6 Prozent), Heizung und Beleuchtung (plus 1,5 Prozent) und Hausrat (plus 1,2 Prozent) ein. Außer den Indexgruppen Bekleidung und Unterhaltung, in denen leichte Preisrückgänge zu verzeichnen waren, blieben die übrigen Preisgruppen gegenüber dem Vormonat unverändert.

Kredite für Rohstoffe

Runderlaß für Außenwirtschaft veröffentlicht

Der Bundeswirtschaftsminister hat im Bundesanzeiger den Runderlaß Außenwirtschaft Nr. 54/51 veröffentlicht, durch den die Beschaffung ausländischer Rohstoffe, die für die Erledigung von Auftragsgeschäften erforderlich sind, durch Inanspruchnahme von Rohstoffkrediten erleichtert werden soll. Der Runderlaß wurde unter Berücksichtigung der entsprechenden Gesetze der Alliierten und im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie der Bank deutscher Länder ausgearbeitet.

Über die Zulassung von Rohstoffkreditgeschäften beschließt künftig der Einfuhrausschuß. Die Zulassung umschließt die Zustimmung der Bank deutscher Länder zur Aufnahme des Kredites. Nach der Zulassung erteilt das Bundeswirtschaftsministerium - Rohstoffkreditrefrate - die für die Durchführung des Geschäftes erforderliche Genehmigung. Die Ermächtigung bezieht sich auf die Aufnahme des Kredites innerhalb von 45 Tagen nach dem Ausstellungsdatum. Die Laufzeit muß so bemessen sein, daß der Kredit aus dem Erlös der für die Abdeckung vorgesehenen Ausfuhr zurückgezahlt werden kann. Einfuhr und Exporteur sind daher verpflichtet, durch ausreichende Vereinbarungen den Zeitpunkt des Eingangs des Ausfuhrerlöses - zumindest in Höhe des Kreditbetrages einschließlich etwaiger Kreditkosten - auf den Fälligkeitstermin des Rohstoffkredites abzustimmen.

Die Rohstoffkreditermächtigung befreit den Importeur von dem allgemeinen Einkaufsverbot, sie entbindet ihn jedoch nicht von der Notwendigkeit der Einholung einer Einfuhrbewilligung. Diese ist vom Importeur über seine Außenhandelsbank bei der zuständigen Landeszentralbank zu beantragen. Die Ermächtigung verbindet den Importeur auch nicht von der Verpflichtung zur Anbahnung etwa erforderlicher besonderer Genehmigungen. Sie berechtigt zur Bezahlung der angegebenen Einfuhrware nur insoweit, als die Einfuhr bestimmungsgemäß zurückgeführt wird. Insbesondere auf der Einfuhrbewilligung sollamtlich bestätigt werden ist.

Entspannung der Kohlenlage zu erwarten

Sechs Zentner Hausbrand für I. Quartal 1952

Für die Versorgung der Haushalte und des Kleinverbrauchs werde, wie das Bundeswirtschaftsministerium bekanntgab, im ersten Quartal 1952 sechs Millionen Tonnen Kohle zur Verfügung stehen. Je Haushalt sollen in den ersten drei Monaten des kommenden Jahres sechs Zentner Hausbrand verteilt werden. Die Kohlenversorgung der westdeutschen Wirtschaft werde sich mit Beginn des neuen Jahres leicht entspannen. Voraussetzung hierfür sei allerdings, daß es keinen ungewöhnlich harten Winter gibt. Das Bundeswirtschaftsministerium rechnet jedoch auf Grund der letzten Erhebungen immer noch mit einem Kohlendefizit von rund einer Million Tonnen im ersten Vierteljahr 1952.

Die Gesamtförderung für das erste Quartal 1952 schätzt das Bundeswirtschaftsministerium ohne Sonderschichten auf rund 27,5 Millionen Tonnen. Von dieser Förderung müßten 4,9 Millionen Tonnen für den Export und 800.000 Tonnen für die Versorgung Berlins abgezweigt werden. Von letzteren würden wahrscheinlich jedoch nur 600.000 Tonnen nach Berlin geliefert werden können, da erhebliche Transportwierigkeiten beständen.

Während die eisenschaffende Industrie gegenüber dem vierten Quartal dieses Jahres rund 150.000 Tonnen mehr erhalten werde, seien für die übrigen Industrien 4,8 Millionen Tonnen gegenüber rund 4,5 Millionen Tonnen im letzten Vierteljahr 1951 vorgesehen. Die Zuckerrückstände der Industrie werde außerdem im ersten Quartal 1952 eine höhere Zuteilung an amerikanischer Kohle als in den letzten drei Monaten dieses Jahres erhalten. Für die übrige Industrie würden voraussichtlich 1,5 Millionen Tonnen US-Kohle gegenüber 1,1 bis 1,2 Millionen Tonnen im letzten Vierteljahr 1951 zur Verfügung stehen.

151 Millionen DM Ausfuhrüberschuß

Die Einfuhr der Bundesrepublik und der Westsektoren Berlins ist von 1,578 Milliarden DM im September auf 1,112 Milliarden DM im Oktober zurückgegangen. Der Wert der statisch nachgewiesenen Ausfuhr hat sich ebenfalls vermindert, und zwar von 1,239 auf 1,088 Milliarden DM. Die Außenhandelsbilanz schloß also im Oktober mit einem Ausfuhrüberschuß von 151 Millionen DM ab.

Wirtschaft in Kurbel

Der Einzelhandel im Bundesgebiet verzeichnet im Monat Oktober eine Umsatzsteigerung um durchschnittlich 14 Prozent gegenüber dem Vormonat. Die Umsätze in der Bekleidungsbranche stiegen am stärksten an.

Auf den Binnenwasserstraßen des Bundesgebietes sind im September 1951 trotz ungünstiger Verhältnisse insgesamt 8974 Millionen Tonnen Güter befördert und 1991 Millionen Tonnen/Kilometer geleistet worden. Diese Zahlen liegen um rund fünf Prozent über dem Ergebnis des Vormonats.

In der Bundesrepublik wurden in diesem Jahr bei einer Anbaufläche von 1,12 Millionen Hektar 24,1 Millionen Tonnen Kartoffeln geerntet. Dies ist die zweitgrößte Ernte, die bisher im Bundesgebiet eingebracht werden konnte.

Zur Zeit steht die endgültige Finanzierung der US-Kohle-Importe für das I. Quartal 1952 noch aus, doch hofft man, die erste Tranche in Höhe von 25 Millionen bereits in kürzester Zeit von der Bank deutscher Länder freizubekommen.

Eine Beleidigung

Für jede Hausfrau bedeutet es, wenn ihre Böden kritisiert werden. Mit BODOSAN Farbglanzwachs gepflegte Böden sind aber über jede Kritik erhaben, denn sie zeigen bei leuchtenden, warmen Farbtönen stets einen strahlenden Hochglanz und können sogar noch gewischt werden.

BODOSAN
Farbglanzwachs

Drogerie Schimpf, Inn w. Lenmann

Endlich freie Sicht durch

KLAR-GLAS

In der Tube, der unentbehrliche Helfer bei Frost und Kälte gegen Beschlagen und Vereisung der Scheiben bei Autos und Schaufenstern, für Brillen und für den Spiegel im Bad.

Autorisierte Verkaufsstelle für Ettligen
Badenia-Drogerie R. Chemnitz - Ettligen

TOURISTEN-VEREIN
DIE NATURFREUNDE

Freitag, den 14. Dezember 1951
abends 7:30 Uhr in der „Krone“

Mitglieder-Versammlung

Sonntag, 16. Dezember, abends 7:30 Uhr im „Darmstädter Hof“

WEIHNACHTSFEIER

Die Mitglieder sind hierzu freundlichst eingeladen

DIE INSEL

Im Hause des Badischen Kunstvereins, Waldstraße 3, Tel. 26
Leitung: Erich Schuude und Wera Wedekind
Dramaturgie: Dr. Günther Haas

Spielplan-Änderung

Freitag, 14. 12. statt „Der Fall Winslow“ „Die Glasmenagerie“
Sonntag, 16. 12., Erstaufführung „Der Fall Winslow“ von Terence Rattigan, Regie Werner Wedekind
Die für Freitag, den 14. Dezember vorgesehene Erstaufführung „Der Fall Winslow“ ist auf Sonntag, den 16. Dez., 20.00 Uhr verlegt.

„Du, gib mir doch noch eins von deinen Broten!“

„Ich hab's probiert: seit ich den feineren Aufbruch nehme, sind alle Kinder meiner Brotchen her!“

Beobachten Sie einmal, wie alle nach Ihren Sanella-Brotchen greifen! Kein Wunder: Sanella schmeckt so fein und frisch - und was Frisches ist man gleich noch mal so gern. Streichen Sie Ihren Kindern doch heute mal die feine, frische Sanella aufs Brot!

SANELLA

Die Sanella-Frische gibt den feineren Geschmack!

1950er
Gimmeldinger Biengarten
Literflasche 2,40

KARL SPRINGER, Weinhandlung - Tel. 527

CAPITOL Heute 20 Uhr letzte Vorstellung des schönst. deutsch. Zirkusfilms
„Zirkus Renz“ zum Gedächtnis unseres lieben Heimatdichters Roland Betsch

Freitag bis Dienstag der Farb-Revuefilm „Sensation in San Remo“ mit Marika Röck, Peter Pasetti, Maria Litto, Ewald Baiser, Otto Gebühr u. weiterer großer Besetzung

ULI Heute 18.15 Uhr letztmals
„Es war eine rauschende Ballnacht“
„Der Weibsteufel“ Nach dem gleichn. Bühnenstück von Karl Schönherr. Ein Meisterdrama mit Hilde Krahl, Kurt Heintel, Bruno Hübner u. a.

Heute 20.30 Uhr, Freitag 18.15, 20.30 Uhr, Samstag 17.00, 19.15, 21.30 Uhr, Sonntag 18.15, 20.30 Uhr.

Sonntag 14 u. 16 Uhr u. Montag - Mittwoch 18.15, 20.30 Uhr
„Großstadtnacht“ - Eine lustige Kriminalkomödie mit Wolf Albach-Retty, Inge Konradi, Hedwig Bleibtreu

ZU VERKAUFEN

Küchenbüffel, fast neu, Holzbettstelle m. Rost u. Matratze zu verkaufen.
Zu erf. unter 4369 in der EZ

1 Wiese (11 Ar) auf den Hohen Wiesen zu verkaufen.
Zu erf. unter 4366 in der EZ

Damenfahrrad, Herrenfahrrad, Radio (7 Röhren, Batterie u. Netz) zu verkaufen.
Zu erf. unter 4375 in der EZ

Zwei neue Polstersessel zu verkaufen.
Zu erf. unter 4377 in der EZ

Massanzug ab 135 DM
D.-Kostüm ab 120 DM
auf Ratenzahlung

Anzugstoffe
billigst, gute Qualität

J. KIRN
Herren- und Damenschneiderei, Tuchhandel
Ettligen, Steigenhohl 17/1

ZU KAUFEN GESUCHT

40 Zentner Dickrüben zu kaufen gesucht. Thiebautstr. 6

STELLENANGEBOTE

Junger, freundlicher Mann mit engl. Sprachkenntnissen als Tankwart gesucht.
Zu erf. unter 4370 in der EZ

Bronchial-Tee

Wird „Borsten“ bei sich aufrechtend, gilt bei Husten, Keuchen u. Verschleimung. In Natur im Anzug, dem Hildebrand's Bronchial-Tee. Orig.-Packg. o. 0,75 an

Vorrätig bei
Badenia-Drogerie
Rud Chemnitz
Leopoldstraße 7

VERSCHIEDENES

Biete Zimmer und Küche für Frau od. Frä., die frauenlosen Haushalt von 3 Pers. führt. Angeb. unter 4367 an die EZ

Aus der badischen Heimat

Messerstecherei in Mannheim

Mannheim (wvb). Bei einer Auseinandersetzung zwischen einem 23jährigen jungen Mann und einem Mannheimer Gastwirt kam es zu einer heftigen Schlägerei, in deren Verlauf der junge Mann seinem Gegner ein Messer in den Brustkorb rannete. Der Messerstecher, der sich nach der Tat in einem Ruinengrundstück versteckt hielt, wurde schließlich von Straßenpassanten verfolgt und der Polizei übergeben. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus eingeliefert.

Nebel legt Rheinschiffahrt still

Mannheim (wvb). Die gesamte Rheinschiffahrt im Gebiet des Oberrheins liegt wegen Nebels vollkommen still. Die zu Berg und zu Tal fahrenden Schiffe können auf Grund der sehr schlechten Sichtverhältnisse nicht weiterfahren. Die wasserpolizeilichen Vorschriften erlauben es den Schiffsführern nicht, bei Nebel zu fahren. Die oberrheinische Wasserstraße wird von der Wasserpolizei im Raum Mannheim-Ludwigshafen kontrolliert. Die Nebelbildung auf dem Oberrhein ist um diese Jahreszeit keine Seltenheit. Fast täglich müssen die Schiffe in den frühen Morgenstunden für kurze Zeit ihre Fahrt unterbrechen.

Wieder einmal Umsiedlung

Mosbach (wvb). Flüchtlingsfamilien, die im Raum Mosbach bisher keine Arbeit finden konnten oder lange Strecken zu ihrer Arbeitsstätte zurücklegen mußten, haben jetzt die Möglichkeit, sich in der Nähe der Arbeitsstätte neu anzusiedeln. So werden dieser Tage aus der Stadt Mosbach sechs Familien mit insgesamt 33 Personen nach Mannheim und Pforzheim umgesiedelt. Weitere Umsiedlungen werden vorbereitet.

Das Diebesnest im Kirchturn

Schopfheim, Wiesental (wvb). Mit der Entdeckung eines umfangreichen Altmittelalters im Turm der evangelischen Stadtkirche in Schopfheim haben einige aufsehenerregende Kirchendiebstähle ihre Aufklärung gefunden. Die Diebstähle, die sich insbesondere in den Kreisen Mühlheim und Lärach häuften, gehen auf das Konto eines Orgelbauers aus Hausen im Wiesental, dem die Wartung der Orgeln in den Kirchen dieser Kreise oblag. In dieser Eigenschaft hatte er auch Zugang zur evangelischen Stadtkirche in Schopfheim. Der inzwischen verhaftete Täter hatte ein Turmgeläb der evangelischen Stadtkirche in Schopfheim als Diebesnest ausgebaut. Bei seinen Raubzügen hatte er sich zuletzt sehr stark auf Orgelpfeifen spezialisiert, die er als Altmittelaltersersatz versuchte. Möglicherweise ist der festgenommene Orgelbauer auch Täter einiger anderer, bisher noch ungeklärter Diebstähle von kirchlichen Geräten.

Fuchs und Adler im Nahkampf

Lörrach (wvb/apd). Bei Straußensbesserungen im Hochgebirge in der Nähe von Zürs sahen Arbeiter eine kleine Schneelawine einen steilen Hang herunterrollen. Da ihnen der weiße „Schneeball“ eigenartig vorkam, näherten sie sich ihm und sahen, wie ein Fuchs sich gerade befreite und schnell verschwand. Zurück blieb ein schwerverletzter Adler mit einer Flügelspannweite von über zweieinhalb Metern. Beim Herunterstoßen hatte der Raubvogel den Fuchs offenbar nicht richtig getroffen, sich aber trotzdem mit ihm in die Lüfte erhoben. Von dem um sich beläufenden Tier war er aber wieder zum Niedergehen gezwungen worden und, da er den Gegner nicht aus den Flügeln lösen konnte, mit ihm eine steile Felswand hinuntergestürzt. Hierbei wurde der Adler schwer verletzt, während Reineke Fuchs mit dem Schreck und einer unfreiwilligen Luftfreisprung davonkam.

Nun entscheidet das Recht

Regierungserklärung im würt.-badischen Landtag — Staatsvertrag mit IRSO

Stuttgart (ZSH). Der württemberg-badische Ministerpräsident Dr. Maier teilte dem Landtag in einer Regierungserklärung offiziell mit, daß das im September 1945 gebildete Land Württemberg-Baden nach dem Ergebnis der Volksabstimmung „seinem Ende entgegengeht“. Bundesinnenminister Dr. Lehr habe der würt.-badischen Staatsregierung mitgeteilt, daß die erforderliche Mehrheit für den Zusammenschluß der drei südwestdeutschen Länder erreicht sei und damit die im 2. Neugliederungsgesetz bezeichnete Rechtsnachfolge eintrete.

Der Ministerpräsident stellte fest, daß die beiden alten Länder Baden und Württemberg seit 1945 keine staatsrechtliche Realität mehr hätten. Das bedeutsamste politische Faktum der Volksabstimmung sei die Tatsache, daß der Landsteil Nordbaden den Wunsch ausgedrückt habe, die Verbindung mit Württemberg nicht aufzuheben. Nordbaden wolle wieder mit Südbaden vereinigt werden, aber nur im Gesamtverband des Südweststaates. An diesem Willen der Nordbadener könne auch eine noch so große südwestdeutsche Mehrheit für die Wiederherstellung der alten Länder nichts ändern. Zu dem „Schönheitsfehler“, daß in Gesamtbaden keine Mehrheit für den Südweststaat zustande gekommen ist, meinte Dr. Maier, es sei ein noch viel größerer Schönheitsfehler, daß die zur Südweststaat-Mehrheit fehlende Spitze von 55 754 Stimmen beinahe bis auf die Tausend genau die Zahl der Stimmen darstelle, die bei den letzten Landtagswahlen für die Kommunisten abgegeben wurden.

Nach der Durchführung der Volksabstimmung entscheide das Recht und nicht mehr die Politik. Gewiß werden sich die Politiker sehr lebhaft mit dem zukünftigen Inhalt des Südweststaates befassen, aber über all dem, was sich jetzt staatsrechtlich vollziehen hat, stehe das Gesetz des Bundes, unter dessen Autorität sich alle drei Länder gestellt hätten. Es erscheine daher gleichermäßen unwahrscheinlich wie unmöglich, daß sich irgend ein demokratischer deutscher Staatsmann oder Politiker diesen Konsequenzen nicht beugt.

Zu der von Staatspräsident Wohleb angekündigten Novelle zum Neugliederungsgesetz bemerkte Ministerpräsident Maier, ein solcher Versuch sei ein „Schlag ins Wasser“. Erster sei für unser Gebiet der Artikel 29 des Grundgesetzes durch die Spezialbestimmung des Artikels 118 bereits „konsumiert“, sobald dieser vollzogen sei, und zweitens würde eine solche Novelle die Annullierung des Artikels 118 des Grundgesetzes erfordern. Die Aussichten auf die hierfür erforderliche Zweidrittelmehrheit seien aber äußerst gering.

Landtagspräsident Kell würdigte vor der Abgabe der Regierungserklärung die weit-

tragende Bedeutung des Ergebnisses der Volksabstimmung. Der Landtag, so stellte der Präsident fest, habe sich mit der Befürwortung einer neuen Ordnung selbst geopfert.

Bei Stimmhaltung von fünf DG-BHE-Abgeordneten genehmigte der Landtag den Entwurf eines Vertrages zwischen der IRSO (Jewish Restitution Successor Organization) und dem Land Württemberg-Baden. Nach diesem Abkommen zahlt das Land an die IRSO insgesamt zehn Millionen DM, und zwar 3,5 Millionen als Kaufpreis für Grundstücke, die der IRSO auf Grund von rechtskräftig abgeschlossenen Rückerstattungsverfahren gehören, sowie für Rückerstattungsansprüche gegen das Deutsche Reich, ehemalige NS-Organisationen, Pfandkassen und Banken. Weitere 1,5 Millionen DM sind als Wiedergutmachung für zerstörte Synagogen und Friedhöfe der jüdischen religiösen Körperschaften vorgesehen.

Zu diesem Vertrag erklärte Ministerpräsident Dr. Maier, daß dem Abkommen trotz seines „kommerziellen“ Inhalts eine große politische Bedeutung zukomme. Die IRSO verkaufe reale Werte an das Land und dieses bezahle dafür den Kaufpreis von 10 Millionen DM in zwei Jahresraten, wobei Wert und Gegenwert miteinander in Einklang stünden. Dieser Vertrag sei ein kleiner Akt der Wiedergutmachung. Die an den Juden begangenen Schandlichkeiten könnten überhaupt nicht gutgemacht werden; wir könnten nur versuchen, den Makel der Deutschland hierdurch anhafte, Stück für Stück mühsam und langsam wieder abzuwaschen.

Einstimmig verabschiedete der Landtag einen Gesetzentwurf der Regelung, nach dem die Amtsdauer der Betriebsratsmitglieder auf zwei Jahre verlängert wird. Weiter wurde ein Gesetzentwurf über die Änderung und Ergänzung von Verordnungen und Verfügungen auf dem Gebiet des Arzneimittel- und Apothekerwesens verabschiedet. Ferner nahm der Landtag ein Gesetz an, nach dem der bisherige Nebensitz Karlsruhe des Oberlandesgerichts Stuttgart zum selbständigen Oberlandesgericht erhoben wird. In der Begründung zu diesem Gesetzentwurf heißt es, die Fragen, wieviele Oberlandesgerichte im Südweststaat bestehen und wo diese Gerichte ihren Sitz haben sollen, können noch nicht geklärt werden. Daher scheint es angebracht, diesen durch das Höchstinstanzgesetz geschaffenen Zustand bis zum Abschluß der Neuordnung der oberen Gerichte im Südwestraum weiter bestehen zu lassen.

Der Landtag vertagte sich am 9. Januar und wird in dieser Sitzung u. a. den Bericht des Untersuchungsausschusses über den Fall Bürkle entgegennehmen. Für kommenden Montag ist eine Sonderstimmung anlässlich des Staatsbesuchs des US-Hochkommissars McCloy vorgesehen.

„Südweststaat ein Schlag gegen die Demokratie“

Wohleb sprach im Bayrischen Rundfunk

Freiburg (wvb). Staatspräsident Leo Wohleb betonte in der Sendereihe „Politik aus erster Hand“ des Bayerischen Rundfunks erneut seine Absicht, für die Wiederherstellung Gesamtbadens weiterzukämpfen. Die ungerechte „Abstimmungs-Geometrie“ des Paragraphen 10 des Neugliederungsgesetzes, der verhindert habe, daß die Stimmen in den alten Ländern durchgezählt werden, sei vom Bundesverfassungsgericht bestätigt worden. Dennoch habe sich das höchste Gericht nicht entschließen können, diesen für alle Zukunft höchst gefährlichen Paragraphen „für grundgesetzwidrig“ zu erklären. Der Staatspräsident betonte: „Wir können zwar den Boden

des Gesetzes nicht verlassen, aber wir appellieren nach wie vor an das richtige Recht gegen das formale Recht. Wir werden die Selbstständigkeit unserer badischen Heimat verteidigen und die übrigen Bundesländer werden uns später einmal danken.“

Man habe in Stuttgart bereits verkündet, daß die Begründung des Südweststaates als bald auch die Frage der Pfalz ins Rollen bringen werde. „Ich habe nicht umsonst gesagt, daß die Angelegenheit eine Kettenreaktion auslösen werde. Viele merken es zu spät, daß dieser Stein weitere Kreise zieht, als man sich gedacht hat. Der Schlag gegen Demokratie und Föderalismus ist nicht zu verkennen.“

Der neue Föderalismus der „ausgeglichener“ Länder entläßt nicht die Ansicht, daß wir den Marsch auf den Einheitsstaat angetreten haben.“

Zum europäischen Problem sagte Wohleb, wenn das Land Baden zu klein sei, der werde „in Anwendung dieses Grundsatzes“ niemals zu einer europäischen Konföderation kommen. „Kein vernünftiger Mensch kann doch wohl annehmen, daß wir Europa schaffen können, wenn wir, wie man das Land Baden von der deutschen Landkarte auswischt, die kleinen europäischen Länder, wie Luxemburg, Belgien und andere, von der europäischen Karte verschwinden lassen wollen, in trübseliger Verkennung einer echten Union.“

Der Staatspräsident sagte abschließend: „Ich bin überzeugt, die Angelegenheit, die uns so tief bekümmert, wird nicht zum Ruhme Groß-Württembergs ausgehen. Baden und der Südweststaat sind ein Schulbeispiel, wie es nicht gemacht werden sollte. In unserem Glauben und unserem Appell an das richtige Recht hoffen wir, des Verständnisses und der Unterstützung anderer Bundesländer, zumal Bayern, sicher zu sein.“

Nach keine CDU-Stellungnahme

Der Staatspräsident von Südbaden, Leo Wohleb, und der Vorsitzende der südbadischen CDU, Anton Dichtel, haben es bisher abgelehnt, sich zu der Neugründung der Badischen Zentrumspartei zu äußern. Sie wollen abwarten, bis der Landesauschuß der Partei zu diesem politischen Ereignis Stellung genommen hat. In politischen Kreisen der südbadischen Hauptstadt wird betont, daß es für den Landesauschuß der CDU nicht leicht sein dürfte, die Situation zu klären. Der Gefahr einer Abwanderung von Teilen der CDU in die neugegründete Zentrumspartei stehe auf der anderen Seite die latente und durch den Ausgang der Abstimmung erneut entlastete Spannung zwischen dem alldieser und dem Südweststaatsflügel der Partei gegenüber. Man hält es für möglich, daß die erforderliche Klärung erst auf einen Landesparteitag erzielt werden kann.

Keine CDU-Landesauschussitzung

Karlsruhe (wvb). Die CDU Nordbadens dementierte Meldungen, wonach ihr Landesauschuß am kommenden Samstag in Karlsruhe zusammentreten werde. An diesem Tage werde lediglich der südbadische CDU-Landesauschuß in Freiburg tagen. Die Landesauschussitzung der nordbadischen CDU werde voraussichtlich erst in der kommenden Woche abgehalten werden. Ort und Zeitpunkt seien jedoch noch nicht festgelegt worden.

Aus den Nachbarländern

Es war alles drin

Göppingen (hpd). Am Drackensteiner Hang kam ein amerikanischer Truck infolge zu hoher Geschwindigkeit und schlüpfriger Straße ins Schleudern, geriet auf die Gegenfahrbahn, stieß mit einem Personenzug zusammen, prallte darauf an eine Stützmauer und rampte noch einen zweiten Personenzug. Der Fahrer des zuerst genannten PKW wurde verletzt. 5000 Mark wurden als Sachschaden verzeichnet.

Sieben Jahre lang ...

Künzelsau (hpd). In dem kleinen Weiler Lipfersberg hatte 1945 eine Bombe eine Hauswand und den Küchenboden durchschlagen und war neben der Kellerwand stecken geblieben. Der Blindgänger wurde auch später nicht entfernt. Der Küchenboden einfach zuzementiert. Als man nun jetzt begann, das Haus umzubauen, entdeckte der Architekt Spuren der Bombe und veranlaßte die Entschärfung. Sieben Jahre lang saßen die Bewohner buchstäblich auf einem Pulverfaß, denn es handelte sich bei dem Blindgänger um eine 250-kg-Sprengbombe, deren Heckzündler völlig intakt war.

Diebe in MEXIKO von HANS ROSE

Copyright by Deutscher-Verlag, Fallberg durch Verlag v. Graberg & Gög, Wiesbaden

4. Fortsetzung

Fernando setzte sich auf Mercedes Aufforderung zu ihr, während Carmen ihr Zimmer aufsuchte, um sich umzukleiden. Pedro empfahl sich ebenfalls unter dem Vorwand, ein paar eilige Briefe schreiben zu müssen.

„Nun, wie hat sie dir gefallen?“ fragte Mercedes Fernando, als sie allein waren.

„Recht gut“, erwiderte er und unterdrückte noch rechtzeitig die Aufwallung „entzückend“ auszurufen, was seinen Gefühlen weit genauer entsprachen hätte. „Wenn es nach ihrer Geschicklichkeit im Rollen ginge, so könnte ich mein Amt wieder zur Verfügung stellen. Sie ist perfekt.“

„Na, na! Ich glaube, du übertreibst.“

„Mercedes, ich wollte dir eigentlich noch gestern Abend sagen, wie sehr ich dir für deine Gastfreundschaft danke; es ist gefährlich, mich zu beherrbergen.“

Mit diesen Worten wechselte Fernando rasch das Thema und drückte Mercedes Hand, die neben ihm auf der Sessellehne lag. Er kam sich schrecklich undankbar vor, daß er, während er ihr diese Worte sagte, an Carmen dachte und wie vor sich sah, wie sie mit diesem Gesicht und geschlossenen Augen im Gras lag.

„Das ist doch kaum der Bode wert, Fernando“, wehrte Mercedes seinen Dank ab und erwiderte den Druck seiner Hand. Dann sprang sie auf und ging leichtfüßig davon.

In der Erwartung, sie würde sich noch einmal nach ihm umwenden, warf ihr Fernando ein Kullhändchen nach. In diesem Augenblick kam Carmen. Sie sah seine Bewegung.

„Carlos, was erlauben Sie sich!“ rief sie empört. Schämten Sie sich nicht, meiner Tante Kullhändchen nachzuwerfen? Ihr Benehmen ist ungehörig.“

„Verzeihen Sie, Sennorita!“

Er erhob sich und trat ihr entgegen. Lächelnd sah er sie an.

„Wenn ich das getan habe, so nur aus dem Gefühl der Dankbarkeit, weil mich Sennorita Mazanilla zum Lehrer einer so reizenden Schülerin wie Sie bestimmt hat.“

Sie blickte ihn empört an und wußte nicht, ob er sich über sie lustig machte, oder ob seine Worte ernst gemeint waren.

„Jedenfalls werde ich meiner Tante berichten, wie Sie sich eben betragen haben.“

„Gewiß! Wenn Sie ihr eine Freude machen wollen“, stimmte Fernando vergnügt zu.

Sie blickte in sein lachendes Gesicht. Am liebsten hätte sie ihn geohrfeigt, aber sie schwankte, denn etwas hielt sie zurück. War sie wirklich dazu berechtigt? Vorhin, ja, vorhin im Gras, als sein Mund ihr ganz nahe war, und sie die Worte wie aus weiter Ferne vernahm: „An diesem Moment werde ich mein ganzes Leben denken. Wie süß sie ist!“ und als er ihre Hand küßte. Ja, da war sie im Recht gewesen, obgleich sie lieber mit geschlossenen Augen in seinen Armen geblieben wäre. Aber solche ungesonnenen Zuträulichkeiten durfte sie nicht ungestraft hinnehmen. Nein! Das durfte sie nicht.

Sie wandte sich ab und setzte sich an den Tisch. Aber einen Verdruß, das fühlte sie, mußte sie ihm noch bereiten.

„Bringen Sie mir die Zeitungen, Carlos“ befahl sie.

„Sofort, Sennorita“, erwiderte Fernando und entfernte sich.

Carmen hatte erwartet, daß er nach dem Diener klingelte. Aber schon nach einem

Augenblick kehrte Fernando zurück und legte die Blätter vor ihr auf den Tisch.

„Hier sind sie“, sagte er höflich.

Die Zeitungen sahen recht verknittert aus und eine von ihnen war eingerissen.

„In einem schönen Zustand!“ tadelte Carmen.

„Der Hausknecht und das Stubenmädchen wollten sie vor Ihnen lassen“, entgegnete Fernando maliziös lächelnd. „Ich fand das ungeschicklich und widerstrebte mich.“

„Die Zeitungen wären wohl nicht zerrissen, wenn Sie sich nicht so ungeschickt eingemischt hätten.“

„Ich glaube nicht, daß mein Eifer, Ihnen zu dienen, solchen Tadel verdient, Sennorita.“

Carmen hörte deutlich aus seinem Ton, daß er sich über sie mokierte. Sie hätte ihm gern etwas unfreundliches gesagt, doch fiel ihr nichts passendes ein. So stieß sie nur hochfahrend fort:

„Danke! Sie können gehen, Carlos!“

Fernando verbeugte sich schlicht und verließ das Zimmer. Die neue Rolle, die er hier spielte, machte ihm viel Spaß. Als Fernando Moravio hätte er diese kleine Katze viel leichter händigen können. Als Reitlehrer Carlos Perrez mußte er manches einstecken, aber das nahm er vergnügt hin.

Kurz nachdem Fernando gegangen war, trat Mercedes ein. Sie fand Carmen beim Lesen der Zeitungen.

„Tante“, rief das junge Mädchen aufgeregt. „Im Prozeß gegen die Schuldigen am Attentat auf den Präsidenten ist schon das erste Urteil verkündet worden. Fernando Moravio, der Chefredakteur des „Corrente“, ist zum Tode verurteilt.“

„Ach“, entgegnete Mercedes nur. Sie hatte damit rechnen müssen, daß heute die Blätter die Nachricht brächten, trotzdem war sie erschrocken.

„Er ist aber aus dem Gefängnis geflohen“, fuhr Carmen fort. „Bislang fehlt jede Spur von ihm.“

„Gottlob“, dachte Mercedes, „hier wird ihr gewiß niemand vermuten.“

Sie beugte sich über Carmens Schulter und blickte in das Blatt. Dann blätterte sie rasch in den übrigen Zeitungen. Zwar brachten alle die Nachricht von der Flucht Moravios, aber keine gab ein Lichtbild oder eine genaue Personalbeschreibung des Flüchtigen. Wenn erst seine Fotografie in allen Zeitungen prangte, durfte er sich kaum aus dem Haus wagen.

„Tante, hast du Fernando Moravio nicht gekannt?“ unterbrach Carmen plötzlich ihre Lektüre.

„Sag doch nicht immer Tante zu mir, Carmen“, wandte Mercedes ein, um einer Antwort zu entgehen. „Ich bin kaum älter als du. Da klingt es schon sehr komisch, wenn du mich Tante nennst.“

„Sonst hast du immer gesagt, ich wäre noch ein Kücken“, bemerkte Carmen verwundert. „Soll ich dich etwa Mercedes nennen? Das klingt so respektlos.“

„Nenne mich ruhig Mercedes. Du hörst ja, daß ich dich darum bitte.“

Sie war froh, Carmen von ihrer Frage abgelenkt zu haben. Was hätte sie ihr auch antworten sollen? Es ließ sich nicht ablegen, daß sie Moravio kannte. Um eine Wiederholung der Frage zu vermeiden, schützte sie eine Besorgung vor und verließ Carmen, die bald die Zeitungen beiseite legte und sich in einen Roman vertiefte.

IV.

Am Nachmittag fuhr eine Limousine vor der Hacienda vor und parkte im Schatten der Bäume. Mercedes hatte den Wagen nicht kommen gehört, und war überrascht, als ihr der Diener eine Karte überreichte.

„Estoban Rodrigo, Polizeikommissar, Mexico-City“, las sie. Ihre Hände zitterten.

„Bitte Sie ihn in den Salon. Ich komme sofort“, trug sie dem Diener auf.

(Fortsetzung folgt)

AUS UNSERER HEIMAT

Der Nestor der Bodensee-Geologie

Geheimrat Dr. W. Schmidle gestorben
In Freiburg-Günterstal, wo er seit 1930 lebte, starb im Alter von fast 82 Jahren der frühere Direktor des Konstanzer Humboldt-Gymnasiums, Geheimrat Dr. Wilh. Schmidle. Fast 15 Jahre, von 1909 bis 1924, war er Leiter der Konstanzer Oberschule und hat sich als Geologe und Heimatforscher durch verschiedene wissenschaftliche Werke einen Namen gemacht. In der Alpenforschung galt er als eine europäische Autorität. So entdeckte er als Direktor des Lehrerseminars in Meersburg (1902—1907) in einer Kiesgrube bei Unterhillingen drei Wohngruben aus neolithischer Zeit. Sein besonderes Interesse galt dem Bodensee-Mesolithikum. Er untersuchte u. a. die Pfahlbauten von Sipplingen und war der Ansicht, daß sich der Wasserstand des Bodensees seit dem Abklingen der Eiszeit nicht allzusehr geändert habe. Mehrere wissenschaftliche Vereinigungen Deutschlands und auch die Schweizerische Thurgauische Naturforschende Gesellschaft hatten ihn zum Ehrenmitglied ernannt. Noch im hohen Alter von 90 Jahren schrieb er eine größere Abhandlung über die Geologie der Hegauvulkane und die Erdwälle des Oberrheingebiets.

Alte Konstanzer Stadtmauer entdeckt
Bei Grabarbeiten auf dem Stephansplatz in Konstanz sind Teile der aus dem 11. Jahrhundert stammenden Stadtmauer entdeckt worden. Am Emmishofer Zoll wurden, ebenfalls bei Grabarbeiten, Teile des im Jahre 1455 erbauten Vorwerks festgestellt. Das Vorwerk schützte die Stadt gegen Angriffe aus dem Süden.

150 000 Jahre alte Mammut-Zähne
Bei Wertheim mehrere Mammutzähne gefunden, deren Alter von Experten auf etwa 150 000 Jahre geschätzt wird.

Die St. Georgskirche in Oberzell

Restauration einer fast 1100jährigen frühromanischen Kirche auf Reichenau

Die ehrwürdige alte St. Georgskirche in Oberzell auf der Insel Reichenau ist eine der ältesten noch erhaltenen Baudenkmäler des frühen Mittelalters. In den letzten Monaten wurde eine vollständige Restauration dieses Bauwerkes durchgeführt, wobei Entdeckungen gemacht wurden, die für die Kunstgeschichte recht aufschlußreich sind.

Um den Wandputz zu erneuern, wurde der alte Bewurf vollständig entfernt. Dabei traten die romanischen Bauformen, die bisher unbekannt waren, eindeutig hervor. So konnte die ursprüngliche Form der Fenster festgestellt werden, die kleiner waren, als die bisherigen. Im Chor wurde bei einem der Fenster in der Leibung die alte Bemalung entdeckt, die unberührt und in lebhafter Frische etwa 9 Jahrhunderte überdauert hat. Damit ist zugleich auch der Beweis erbracht, daß die Farben der berühmten Wandfresken, die vor rund 100 Jahren wiederentdeckt und im Jahre 1924 neu fixiert wurden, noch die Originalfassung tragen und nur unwesentlich in späterer Zeit ergänzt worden sind. Diese Wandmalereien aus dem 11. Jahrhundert sind die ältesten und besterhaltensten in Süddeutschland. Der bisherige Streit, der darum ging, ob es sich hier um unberührte oder in gotischer Zeit übermalte Bilder handle, ist durch die Entdeckung der Malereien am Chorfenster zugunsten der Originalfassung entschieden worden.

Mit der Freilegung des Mauerwerkes erhielten wir einen Einblick in die Mauertechnik der frühromanischen Zeit. Damit ist uns ein Forschungsgebiet zugänglich geworden, für

das wir kaum historische Unterlagen hatten. Über die Baudaten dieser berühmten frühromanischen Kirche hat die Restauration folgende Klärung gebracht: Nicht nur die Unterkirche ist eine Schöpfung aus dem Ende des 9. Jahrhunderts, sondern die Basilika darf, abgesehen von einigen späteren Veränderungen, als ein Werk aus der Zeit kurz vor 900 gelten. Die Krypta ist nicht, wie bisher angenommen wurde, der Rest eines älteren Bauwerkes, sondern sie und die Basilika entstanden in der gleichen Zeitperiode. Damit ist der Beweis erbracht, daß die Oberzell St. Georgskirche, die 893 vom Abt. Hatto erbaut wurde, eines der kunstgeschichtlich bedeutendsten und ältesten Gotteshäuser des süddeutschen Raumes ist.

Durch die gegenwärtig durchgeführte Restauration soll erreicht werden, daß nach Möglichkeit dieses seitene Kleinod ottonischer Baukunst von neuem Zutatun befreit und der ursprüngliche Raumeindruck erreicht wird. Dazu gehört eine Neugestaltung des Chorraums und die Verbesserung der Wirkung der Westabside. Dort ist das störende Fenster, wahrscheinlich eine barocke Zugabe, zugemauert worden. Außerdem sind die beiden Arkaden mit der Ziersäule wieder freigelegt worden.

Nach dieser Renovierung wird diese einzigartige mittelalterliche frühromanische Kirche auf der Bodenseeeinsel Reichenau manchen Kunstfreund anlocken und ihm lehrreiches Beispiel ottonischer Kunst sein, zumal wir leider in Deutschland sehr arm sind an Baudenkmälern aus dem 9. und 10. Jahrhundert.

war mit ihnen zum Rhein gezogen. Zu Durlach erfreuten sich die Krieger eines gastlichen Empfangs, denn der Hohenberger war dem Hohenstauffer ebenfalls verpflichtet, war doch Durlach eine hohenaufische Stadt.

Bei dem Festmahl ging es hoch her. Der Herzog, der den Ehrenplatz an der Tafel eingenommen hatte, liebte den Wein und erlesene Speisen. So kreisten die Becher und immer lauter erscholl der Lärm der fröhlichen Zecher durch die Gassen der Stadt. Auch die Feldhauptleute und die Reisigen, die in den Durlacher Bürgerhäusern im Quartier lagen, folgten dem Beispiel ihrer Edlen und tranken und schmauseten auf Kosten ihrer geplagten Gastgeber. Die Ritter und Grafen aber waren unter dem Einfluß des Weines so ausgelassen geworden, daß sie garricht merkten, daß ihr Herzog sich heimlich empfahl. Sein Freund Cuno von Cervin hatte ihm eine offenbar wichtige Botschaft ins Ohr geflüstert, und bald darauf war der junge Herzog aus dem Saal verschwunden.

Die Zecher ließen sich nicht stören, als sie das Fehlen des Herzogs inne wurden. „Wird wohl wieder ein Liebeschen aufsuchen“ grüßte Heinrich von Geppingen, und die Männer tranken ihm zustimmend zu. Nur der Herr von Alldorf mahnte zur Ruhe und Besonnenheit: „Ritter Cuno führt den Herzog noch ins Verderben, und es wäre Zeit, daß unser junger Herr sich seiner Stellung und seiner Würde bewußt würde“. Kaum hatte er seine Rede beendet, da stürzte ein Geharnischter in den Saal: „Zu Hilfe, Ihr Herren! Der Herr von Cervin läßt Euch sagen, daß der Herzog schwer verwundet Eueren Beistand begehrt“.

Ohne langes Besinnen stürzten die Ritter aus dem Saal hinaus. Sie eilten hinter dem Boten her, der sie in raschem Lauf in eine kleine Gasse führte. Vor einem unscheinbaren Bürgerhaus kniete Cuno von Cervin bei seinem Herrn, der rüchelnd in einer Lache Blut lag, das einer tiefen Wunde seiner Brust entströmte. Bereits hatte sich eine Menge Volkes eingefunden, die nur widerwillig und mur-

rend zur Seite wich, als Herr von Hohenberg zu dem sterbenden Herzog sich niederbeugte. Cuno von Cervin aber stachelte seine Gefährten auf: „Ihr Edlen, rächt den Herzog! Er ist des Kaisers Bruder! In ehrbarer Absicht wollte er der Herrin dieses Hauses seine Aufwartung machen. Da traf ihn der Mordstahl in die edle Brust!“

Wie von Sinnen stürzten die Ritter sich auf die Türe des Hauses, die unter den Axtschlägen zerbarst. Doch die Stube war leer. Die Bewohner mußten durch die Hintertüre längst entwichen sein.

Mit Angst und Schrecken vernahmen die Durlacher am nächsten Morgen von der Bluttat, die in ihren Mauern geschehen war. Im Festsaal des Hohenberger Herrenhauses lag der Herzog auf der Totenbäre. Von Mund zu Mund ging die Kunde von dem, was sich im Hause des Ehrenhelden zugetragen. Der liebste Herzog hatte die schöne, tugendhafte Frau seinen Wünschen gefügig machen wollen, diessel der töckische Cuno vor der Haustüre Wache hielt. In ihrer höchsten Not hatte das verzweifelte Weib dem Eindringling seinen Dolch entlassen und ihm diesen in die Brust gestoßen. Ehrenheld, der im Nachbarhaus die Hilferufe seiner Frau vernommen hatte, war zugleich mit Cuno in die Stube eingetreten. In tödlichem Schrecken hatte er mit unbändiger Kraft den Ritter aus dem Haus gedrängt und den Herzog auf das Pflaster geworfen. Dann war er mit seinem Weib durch die Hintertür entflohen. Auf heimlichen Wegen gelangten die Flüchtlinge nach der Burg Zähringen, wo sie Herzog Berthold in seinen Schutz nahmen.

Der Chronist aber vermeldet über diese grausige Tat: Herzog Konrad wurde am 13. August 1196 in der ihm selbst zugehörigen Stadt Durlach wegen einer rohen, gegen eine dortige Bürgerin verübten Gewalttat erschlagen. Noch jetzt heißt die Straße in welcher dieser staufische Prinz nach einem ziellosen Leben umkam, die Königsgasse. G. Hupp.

Stuhl vor dem Schandpfahl setzen, das Hals-eisen wurde ihm umgelegt und eine Rute in die rechte Hand gegeben. Ein anderer Sträfling stand wegen ausgebrochener Urfehde eine Stunde am Pranger mit einer Rute auf dem Rücken.

Eine strengere Strafe war schon das Prangerstehen, verschärft durch 25 Streiche mit dem Farrenschwanz und Ausweisung aus den kurpfälzischen Landen. Deutlich war das Abschreckungsurteil, wonach der Verbrecher am Markttag eine Stunde am Pranger zu stehen hatte, mit einem Schild auf der Brust, auf dem die Worte „Betrügerischer Taschenspieler“ standen; er erhielt zusätzlich zwölf Streiche mit dem Ochsenziemer. Einer Diebin wurde ebenfalls vor dem Rathaus ein entsprechendes Schild umgehängt, dann wurde sie vom Henkersknecht zum Pranger geführt und eine Stunde mit dem Hals-eisen ausgestellt, um dann bis zur Stadtgrenze mit Ruten gejagt zu werden. Das war anno 1787.

Heimatliebe und Wanderfreude waren ausgeprägte Züge im Wesen des badischen Dichters Jos. Viktor von Scheffel, dessen Geburtstag sich in diesem Jahre zum 125. Mal gefeiert hat. Nicht nur aus seinen Dichtungen und Gedichten spricht ein tiefes Einfühlungsvermögen in das Charakteristische von Land und Leuten, auch ausgesprochene heimatkundliche und volkskundliche Beiträge schrieb der Dichter und Wandersmann, der auf allen seinen Fahrten das Skizzenbuch mit sich führte. So reich ist der Schatz an liebevollen Schilderungen oder poetischen Ergüssen, daß es schwer fällt, aus der Vielfalt die wichtigsten herauszugreifen. Die Landschaft des Hegaus und des benachbarten Schweizer Landes ist der Schauplatz von Scheffels „Eckehard“, das Städtchen Säckingen hat durch den „Trompeter von Säckingen“ Weltruhm erlangt, und „Alt Heidelberg, du feine“ läßt in fernten Ländern das Lob der Musestadt am Neckar erklingen.

Im winterlichen Februar des Jahres 1847 war Joseph Viktor, der damals 21jährige Museensohn, mit seinen Freunden zur Burg Rodenstein gewandert. In der Scheffelbiographie von Johannes Proell gibt der Verfasser den Eintrag wieder, der von Scheffels Hand im Fremdenbuch des Bauernhofes, der am Fuße der Buine die jungen Wanderer gastlich aufnahm, gemacht wurde. Die drei Studien-Freunde Ed. Rahn, B. Aschenheim und E. Kamm waren seine Weggenossen, während Scheffel sich selbst als „J. Scheffel, Stud. Jur. von Karlsruhe“ eintrug und dazu fügte: „Den 6. Februar 1847, bei Schneegestöber, N. B. In guter Jahreszeit kann Jeder in Odenwald gehen!“

Die Sage vom Rodenstein hatte der Studiosus Scheffel auf einem Kneipabend seiner Verbindung der Frankonia, zum ersten Male vernommen, und in seinem jugendlichen Überschwang die Fußreise nach dem Rodenstein alsogleich geplant. Von dem Städtchen Lindenfels aus zogen die Wanderer in das Gebirge hinein. In entlegener Waldeschlucht hatte sich das Rittergeschlecht der Rodensteiner hier seine Stammburg errichtet, die allen Feinden trotzte. Nach dem Tode des letzten Rodensteiners — er starb 1671 — war die Burg den Unbilden der Witterung und dem Zerfall preisgegeben. Aber die Sage umrankte das alte Gemäuer, und aus dieser Sage schöpfte der Dichter später die An-

regung zu seinen Rodensteinliedern. Dichteri-sche Freiheit ist darin gepaart mit histori-schen Tatsachen. So gehören die Dörfer Gersprenz und Reichelsheim nicht zu Rodenstein-schem Besitz; dagegen ist es urkundlich be-glaubigt, daß die Herren von Rodenstein ein-st Beauftragten und daß einer derselben das Dorf dem Stift von Heiligen Geist in Heidelberg schenkte, was ihm den Namen Pfaffenbeerturf eintrug.

„Ein Dorf, was ist's? Nur Mist und Rauch! Ich hab ja ihrer dreie: Gersprenz und Pfaf-fenbeerturf auch und Reichelsheim, das treue“ läßt der Dichter seinen Rodensteiner stolz sich brüsten.

Im Revolutionsjahr 1849 weilte Scheffel, der inzwischen zum Rechtspraktikanten ernannt worden war, wieder im Odenwald. Als in Karlsruhe die provisorische Regierung ein-gesetzt worden war und die Bande der Ord-nung sich immer mehr lösten, verließen viele Karlsruher Familien die Stadt. Scheffels Mutter und Großmutter flüchteten nach Cannstatt, er selbst reiste nach Auerbach an der Bergstraße. Dort schloß er sich der „Emi-grantenkolonie“ an, zu der Männer von Namen und Rang wie die Professoren Gervinus und Häusser, Franz von Roggenbach, August Lamay und Julius Jolly gehörten.

Es entwickelte sich bald eine angenehme Geselligkeit; in dem herrlichen Malentagen erschloß sich den Gästen die Schönheit der Bergstraße in ihrer vollen Pracht. Auf ge-meinsamen Ausflügen wurde die wald- und burgenreiche Umgebung Auerbachs, die Berg-strasse und der Odenwald durchwandert. Scheffel erheiterte die Gesellschaft durch den Vortrag geselliger Lieder. Dort gelangte das Lied „Als die Römer frech geworden“ zum ersten Male zum Vortrag, und zwar wurde es von dem Hiesigenalter des Felsenmeeres herab gesprochen. „Die Umgebung war dazu angelein, die drastische Komik des Liedes durch ihre stimmungsvolle Feierlichkeit zu erhöhen“ — bekennen Zeitgenossen des Dich-ters.

G. Hupp.

Ein Vogelreservat am Untersee?
Der Landesbund für Vogelschutz sowie das Landeskulturamt wollen sich für ein Vogel-reservat am Untersee und für eine zeitliche Begrenzung der Wasserjagd auf dem Unter-see und Rhein einsetzen.

Karl Freiherr Drajs von Sauerbrunn
Zum 100. Todestag des Erfinders des Fahrrads
Am 10. Dezember jährte sich zum 100. Male der Tag, an dem der Erfinder des Fahrrads, Karl Freiherr Drajs von Sauerbrunn, in Karlsruhe starb. Arm und verlassen von allen Freunden schied Drajs aus dieser Welt. Als Sohn eines hohen Staatsbeamten im Jahre 1785 in Karlsruhe geboren, war ihm schon durch seine Geburt eine glänzende Laufbahn als Beamter oder Offizier sicher. Doch der junge Drajs verbrachte die meiste Zeit mit dem Bau eines Laufrades. Am 12. Juli 1817 fuhr er dann mit der von ihm konstruierten „Draisine“ schnelltriefend im grünen Jäger-ock durch die Straßen Mannheims. Es war ein Zweirad mit Lenkstange und Sattelsitz, von dem aus der Fahrende mit den Füßen den Boden berührte und so die Fortbewegung bewirkte. Daraus entwickelte sich später über das Hochrad das Fahrrad durch Einschaltung der Kurbelvorrichtung zwischen Fuß und Rad-achse. Die „Maschine“ von Drajs, die sich viermal so schnell wie ein Fußgänger vorwärts bewegte, hatte ein Gewicht von 50 Pfund und kostete damals 44 Gulden.

Drajs wurde auf Grund seiner Erfindung vom Großherzog von Baden zum „Professor der Mechanik“ ernannt und erhielt gleich-zeitig das badische Patent für seine Erfindung. Als er jedoch vom Hofe eine Pension forderte, fiel er in Ungnade und wanderte schließlich aus. Nach seiner Rückkehr aus Brasilien, wo er viele Jahre gelebt hatte, starb der Vater von Carl Drajs. Von diesem Augenblick an ging es mit Drajs rapide abwärts. Er wurde zum Gespött der Bevölkerung, die allerlei schlechte Scherze mit ihm trieb.

Erst durch die Initiative der Radfahrvereine wurden in den neunziger Jahren des vergan-genen Jahrhunderts eine würdige Grabstätte und ein Denkmal für Drajs in seiner Geburts-stadt Karlsruhe errichtet. Der Erfinder hat also doch noch durch die Nachwelt eine Wür-digung erhalten.

Erst durch die Initiative der Radfahrvereine wurden in den neunziger Jahren des vergan-genen Jahrhunderts eine würdige Grabstätte und ein Denkmal für Drajs in seiner Geburts-stadt Karlsruhe errichtet. Der Erfinder hat also doch noch durch die Nachwelt eine Wür-digung erhalten.

Der Königsmord zu Durlach

In dem stattlichen Hause des Grafen von Hohenberg, das dieser in der Stadt Durlach sich erbaut hatte, gingen am dem Tage, an dem die fürchterliche Tat sich zugetragen, viele Gäste aus und ein. Von seiner Burg, die von dem Berggipfel auf die Stadt herab-blickte, war der Graf von Hohenberg herab-geritten mit großem Gefolge, um seinen Gästen einen festlichen Empfang zu bereiten. In seinem Stadthaus, das in der Mitte der damals noch kleinen Stadt lag, war der Festsaal prunkvoll hergerichtet, und Küche und Kellermeister hatten alle Künste angewendet, um vor ihrem Herrn und dessen Gästen in Ehren zu bestehen.

Es war dem Hohenberger heute sehr darum zu tun, das Wohlgefallen seiner Besucher zu erwerben, denn deren Anführer war kein geringerer als des Kaisers Bruder. Man schrieb das Jahr 1196, und dazumal regierte im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation der Hohenstauffer Friedrich VI. Daß sein Bruder, der Schwabenherzog Konrad, nach Durlach gekommen war, hatte einen triftigen Grund. Der Kaiser hatte seinen jüngeren Bruder beauftragt, mit Rittern und Reisigen den Herzog Berthold von Zähringen zu bekriegen. Als im Frühjahr des gleichen Jahres der Kaiser zu seinem zweiten Zuge nach Italien aufgebrochen war, hatte ihm Berthold, der Zähringer, die Gefolgschaft verweigert. Denn der gebrauchte seine Waffen und seine Mannen, um den burgundischen Adel in Schach zu halten. Die Zähringer hatten in kluger Ausbreitung ihrer Hausmacht sich zu Herren der westlichen Schweiz gemacht, die sie von der Stadt Bern aus mit Geschick und Strenge regierten. Während der Markgraf von Baden sich dem kaiserlichen Gefolge angeschlossen hatte, war der Zähringer unbotmäßig geworden. Nun sollte ihn die strafende Hand des Kaisers aus der Ferne treffen. Herzog Konrad hatte auf Geheiß seines Bruders seine schwäbischen Lehensmänner aufgebieten und